

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Savlickova n. 32. Telefon 873, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II, Savlickova n. 32. Postfachamt 57544. Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Dreierachse.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 2 18.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.— Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung der Retourenkarten. Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Uebermut der Kohlenbarone.

Seit dem Beginne des Bergarbeiterstreiks sind nun volle fünf Wochen verstrichen. Die Arbeiter stehen wie am ersten Tage des Kampfes solidarisch und ungebeugt, aber auch die Bergwerksbesitzer zeigen sich, ermutigt durch die bisherige unentschlossene und passive Haltung der Regierung, unnachgiebig. Ihre Halsstarrigkeit äußert sich nunmehr sogar in der dreifachen Provozierung der Bergarbeiterschaft, der sie zumuten, sie werde einer noch größeren Lohnreduzierung, als sie den bisherigen Forderungen der Unternehmer entsprach, zustimmen, um dadurch den Bergwerksbesitzern die aus dem Streik entstandenen Gewinnverluste decken zu helfen. Sowohl nach der Dauer wie nach dem Umfang, stellt der Bergarbeiterstreik den größten der sozialen Kämpfe dar, die seit dem Bestande des Staates auf seinem Boden geführt wurden, dennoch hat sich die Regierung bisher scheinbar jeder Verantwortung entzogen, hat keinerlei entschledenen Willen gezeigt, noch weniger aber eine Tat gesetzt, welche zur Beilegung dieses durch Unternehmerrudimentalität hervorgerufenen Kampfes hätte führen können. Nun allerdings beginnen der Streik und seine Folgen auch der Regierung auf die Finger zu brennen und sie scheint — reichlich spät — zu erkennen, welche katastrophalen Wirkungen der Streik für das Wirtschaftsleben und für die Ruhe im Staate bei längerer Dauer haben muß. Schon haben zahlreiche Unternehmungen und sogar ganze Industriezweige wegen Kohlenmangel die Tore ihrer Betriebe geschlossen, die Massen der Arbeitslosen sind um neue Tausende vermehrt und weitere ungeheure Scharen von Arbeitern werden sich auf die Straße gestellt sehen, wenn es binnen kürzester Zeit nicht gelingt, den Uebermut der Kohlenkapitalisten zu brechen. Aber auch sonst drohen schwere Gefahren: die Bergarbeiter haben alle ihnen durch den ihnen ausgezwungenen Abwehrstreik auferlegten Opfer und Leiden ruhig getragen, aber wie die Berichte aus den Kohlenrevieren lauten, können sie nun sehr leicht zu Ausbrüchen ihrer Verbitterung und Verzweiflung getrieben werden. Die Herren Unternehmer würden freilich durch solche Verzweiflungsausbrüche nicht aus ihrer genießerischen Seelenruhe gebracht werden, sie vertrauen auf Gendarmen und Militärgevalt, und was liegt ihnen daran, ob ein paar Tausend Toter und einige Hundert Schwerverletzte daran glauben müssen! Dagegen kann man wohl noch immer annehmen, daß der Regierung das Eintreten solcher Ereignisse nicht gleichgültig sein kann.

Was die Unternehmer glauben, sich leisten zu können, geht aus ihrer letzten Erklärung hervor, in der sie ihre neuen Bedingungen formulieren. Ihr Verlangen nach Lohnkürzung suchen sie heuchlerisch mit allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigen. Die Herabsetzung der Löhne würde nach ihrer Behauptung eine Verbilligung der Kohle bewirken, was eine Hebung der industriellen Produktion und eine stärkere Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiterherkunft herbeiführen würde. Das ist ein recht fauler Vorwand, denn man hat gesehen, wie wenig die bisherigen sehr bedeutenden Lohnreduzierungen zur Herabsetzung der Kohlenpreise beigetragen haben. Ebenso haltlos ist der Hinweis, daß die Löhne der Bergarbeiter das Maß der Löhne der anderen Arbeiter überschreiten und die Lebensmittelpreise bedeutend gesunken seien. Wenn auch die Bergarbeiter durchschnittlich bisher etwas höhere Löhne erhalten haben, so muß doch festgehalten werden, daß ihr Einkommen weit unter der Höhe der Vorkriegslöhne steht und daß ihre Gesundheit und Leben ständig bedrohende schwere Arbeit eine höhere Entlohnung voll rechtfertigt. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß Preissteigerungen im Preise gesunken sind, doch kann von einer Verbilligung der Lebensmittel, welche perzentuell den größten Ausgabeposten des Arbeiters bilden, nicht gesprochen werden, eher von ihrer

Der Streik der Bergarbeiter.

Die Streiklage unverändert. — Die Reichskonferenz auf heute vertagt.

Die Streiklage ist unverändert. — Die Verhandlungen zwecks Regelung des Konfliktes im Ostrau-Karwiner Reviere wurden bis fünf Uhr früh fortgesetzt und zeigten kein Ergebnis. Darauf wurden die Verhandlungen im Ministerialpräsidium fortgesetzt und dauern noch an. Aus diesem Grunde wurde die für heute anberaumte Reichskonferenz der Bergarbeiter auf Samstag vertagt.

Die Direktion des Westböhmischen Bergbau-Aktienvereines in Schajlar, welche in ihrer Rundmachung vom 15. September bekanntgab,

Die Kohlenbarone drohen.

Am 16. d. M. hat die Direktion der Schajlarer Kohlenwerke des Westböhmischen Bergbau-Aktienvereines den in Betracht kommenden Gemeinden eine Rundmachung des Inhalts zugestellt, daß die Schajlarer Kohlenwerke am 20. d. M. eingestellt werden, sofern die Arbeiter an dem erwähnten Tage nicht ansahen. Die Streikenden ließen sich nicht einschüchtern und blieben fest. Nachdem die erste Rundmachung allein nicht zog, ist die Direktion der Schajlarer Kohlenwerke am 20. d. M. mit folgender Rundmachung herausgerückt:

Rundmachung.

Jedem Arbeitswilligen wird nunmehr seine staatsbürgerliche Freiheit und sein Recht und freier Wille gewährleistet, so daß er keinen Terror zu befürchten hat, wenn er sein Recht auf Arbeit ausübt. Wir fordern daher den arbeitswilligen Teil unserer Belegschaft nochmals auf, heute Donnerstag, den 20. September 1923, nachmittags um halb 2 Uhr, auf die Schicht zu kommen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende vor dem Streike Tagelöhner oder Nachtschicht versahen hat. Die Einteilung für die Arbeit erfolgt am Schachte. Es bleiben dieselben Bedingungen und Schichtlohnätze in Kraft, wie vor dem Streike, und zwar so lange, bis die Regelung der Kohlenpreise in den anderen Revieren, besonders im Ostrau Reviere, und aus Konkurrenzgründen zwingt, eine Neuregelung vorzunehmen.

Schajlar, den 20. September 1923.

L. S. Westböh. Bergbau-Akt. Verein
Gemeindevorstand Bernsdorf
des Schajlarer Kohlenwerke
Dr. Trausman, D. Jng. Schotola m. p.
Zischowskafeld.

Die Wirkung dieser Rundmachung war so, daß sich nicht ein Arbeiter auf den Schächten einfand. Das große Gendarmereiaufgebot, das der Vater Staat der Direktion der Schajlarer Kohlenwerke zum Schutze der erwarteten Arbeitswilligen zur Verfügung stellte, hatte daher keine Ge-

Wirkung. Sind diese Behauptungen der Bergwerksbesitzer unwahr, so ist die nun folgende Forderung eine unerhörte Provokation. Die Kohlenbarone, welche ursprünglich 30 Prozent Lohnherabsetzung verlangten und dieses Ansinnen dann gnädigst auf 18 Prozent herabsetzten, erklärten nämlich, nun da der Streik schon fünf Wochen dauere, könnten sie ihr Angebot von 18 Prozent nicht mehr aufrecht erhalten und sie müßten, da sie auf der Deckung des ihnen durch den Streik zugefügten Schadens bestehen, zu ihrer ersten Forderung von 30 Prozent zurückkehren. Um aber ihre friedfertige Gesinnung zu bekunden, seien sie bereit, wenn der Streik noch im Laufe dieser Woche beendet werde, sich mit 24 Prozent zufrieden zu geben. Provozierend vermag sich wohl die Unverschämtheit der Kohlenbarone nicht mehr zu äußern! Es ist selbstverständlich, daß die Bergarbeiter die ihnen gestellte Zumutung, nicht nur ihr Einkommen sich kürzen zu lassen, sondern den Grubenherren die Kosten des von ihnen herausbeschworbenen Streikes zu bezahlen, wie einen Schlag ins Gesicht empfinden müssen. Wo in aller Welt ist es jemals dagewesen, daß Unternehmer eine solche Forderung gestellt hätten! Es ist ihnen selber nicht darum Ernst, sondern sie bezwecken damit nur eine Herausforderung und wollen zeigen, wie wenig sie entschlossen sind, den Gang der friedlichen Vereinbarung zu fördern. Ihr Ziel ist die Aushungerung der Streikenden, deren Demütigung und Unter-

drückung, und den von ihnen vom Zaun gebrochenen Kampf führen sie gleichzeitig im Sinne und Geiste des Unternehmertums überhaupt gegen die gesamte Arbeitererschaft. Eine Niederringung der Bergarbeiter würde einen neuen Ansturm auch der übrigen Unternehmerschaft, eine neue Welle des Lohnabbaues, eine weitere Verelendung der Arbeiterherkunft zur Folge haben. Daß die Grubenherren in vollem Einvernehmen mit den übrigen Industriellen vorgehen, ist schon daraus ersichtlich, daß bei allen bisherigen Verhandlungen Vertreter der industriellen Schachtmacherorganisationen anwesend waren. Nicht um eine friedliche Vereinbarung geht es den Kohlenbaronen, sondern um die Aufrichtung ihres Diktates, mag dabei auch der Staat, die Bevölkerung und die Bergarbeiterschaft unbedenklichen Schaden erleiden.

Es ist keine Zeit zu verlieren! Die Regierung muß Ernst machen! Und sie muß nicht nur ihr Lavieren aufgeben, sie muß selbst mit Taten vorangehen. Wenn, wie es heißt, die Regierung sich nun doch endlich zu einer Herabsetzung der Kohlenabgabe bequemen will, so ist das nicht ausreichend, sie muß, wenn sie ihren guten Willen zeigen will, auch die Kraftentlastung herabsetzen, welche so ziemlich die höchsten in Europa sind. Die Lage ist kritisch, die Möglichkeit der Fortführung unseres Wirtschaftslebens steht auf dem Spiel. Die Regierung möge handeln!

Die graphischen Arbeiter für die Bergarbeiter.

Das Organ des Buchdruckerverbandes „Gutenbergs“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer einen Aufruf zugunsten der streikenden Bergarbeiter, in welchem es u. a. heißt: Die Vertretung der Organisationen graphischer Arbeiter (Buchdrucker, Litographen, Buchbinder und Stillschreiber) fasste in der am 15. September 1923 abgehaltenen Sitzung den Beschluß, behufs Unterstützung der Bergarbeiter eine Steuer von zwei Prozent des Wochenlohnes durch zwei Wochen auszusprechen.

Deutsch-völkische Attentats-hebe gegen Strejemann.

Berlin, 21. September. (Eigenbericht.) Das deutschvölkische „Deutsche Tagblatt“ ist heute vom Berliner Polizeipräsidenten auf die Dauer von zwei Wochen verboten worden. Das Blatt hatte heute den Reichskanzler in maßloser Weise beschimpft und dabei die Erwartung ausgedrückt, daß er seinen Rächer finden werde.

Der Mörder Baur begnadigt.

Berlin, 21. September. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des bayerischen Kabinetts ist der Mörder des Studenten Baur, der Student Zwengauer, den das Gericht zum Tode verurteilt hatte, zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Rußlands Getreideexport und seine Aussichten.

Von Michael Smilg-Benarie.

Vor kurzem ist zwischen Deutschland und Rußland ein Abkommen abgeschlossen worden, nach welchem sich Rußland verpflichtet hat, dem deutschen Reiche 20 Millionen Pud Getreide zu liefern. Gleichzeitig kommt aus Moskau die Nachricht, daß die seinerzeit gegründete Aktiengesellschaft für Getreideausfuhr „Exportchleb“ am 15. August ihre Tätigkeit beginnen wird. Diese Gesellschaft übt das Außenhandelsmonopol im Getreide aus. Ihr gehören außer dem „Zentrosojus“ ausschließlich staatliche Organisationen an. Ihr Grundkapital beträgt 100.000 Tschertwojn. Die Gesellschaft hat mit dem Volkskommissariat für Außenhandel ein Abkommen getroffen, nach welchem bei den sowjetrussischen Handelsvertretungen im Ausland selbständige autonome Abteilungen organisiert werden, die als Filialen des „Exportchleb“ betrachtet werden. Es sind bereits einige Filialen des „Exportchleb“, so z. B. in Riga, Kiew, Hamburg gegründet worden. Diese beiden Ereignisse, nämlich das sowjetrussische Getreideabkommen und der Beginn der Tätigkeit der „Exportchleb“-Aktien-Gesellschaft bedeuten die tatsächliche Wiederaufnahme des russischen Getreideexportes, der seit 1914 gänzlich lahmgelegt war.

Die Wiederaufnahme des russischen Getreideexportes ist für die allgemeine Weltwirtschaftslage von größter Bedeutung. Denn Rußland gehörte bekanntlich vor dem Kriege neben Amerika zu den größten Getreideexport-Ländern. Der Getreideexport bildete seinem Werte nach über ein Drittel des gesamten Exports Rußlands. Der Weltkrieg hat dem russischen Getreideexport ein Ende gemacht. Auch nach Beendigung des Krieges war Rußland durch die Interventionenpolitik der Entente und durch die Blockade nicht in der Lage, sein Getreide auszuführen. Der Bürgerkrieg sowie vor allem die bolschewistische Ernährungspolitik führten zu einer ganz außerordentlichen Verminderung der Saatlflächen. Diese Verminderung der Saatlflächen bewirkte zusammen mit der Missernte im Jahre 1921 den Ausbruch einer furchtbaren Hungersnot, die Millionen von Menschen hinwegraffte. Das Außenhandelskommissariat sah sich angesichts der Hungerkatastrophe gezwungen, Lebensmittel, in erster Linie Getreide nach Rußland einzuführen, und so kam es, daß im sechsten Jahre nach dem Weltkrieg Rußland aus einem Getreide exportierenden zu einem Getreide importierenden Lande wurde. Auch in diesem Jahre brach eine, wenn auch geringere, aber dennoch furchtbare Hungersnot, hauptsächlich in der Kornreiche Ukraina aus. Nun beginnt Rußland von neuem, sein Getreide nach dem Auslande zu exportieren.

Die Gründe, die die Sowjetregierung veranlassen, mit größtem Eifer an den Getreideexport heranzutreten, sind in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen Rußlands zu suchen. Eine der wesentlichsten Grundlagen der Politik der herrschenden Partei ist die nationalisierte Schwerindustrie. Als seine wichtigste Aufgabe betrachtet der Sowjetstaat die Aufrechterhaltung und Entwicklung dieser Industrie. Indessen befindet sich die russische Staatsindustrie gegenwärtig in einer sehr schweren Lage. Wie paradox auch dies klingen mag, leidet die russische Schwerindustrie an einer Ueberproduktion und dies, obwohl sie nicht einmal 25 Prozent ihrer Friedensproduktion erreicht. Es wäre falsch, aus dieser Krise der Ueberproduktion die Folgerung zu ziehen, daß eine Nachfrage nach den Produkten der Industrie im Lande nicht bestehe. Im Gegenteil, der Warenhunger ist enorm; und trotz dieses Warenhungers ist eine Ueberproduktion vorhanden. Dieser anormale Zustand ist auf die Verarmung der Bevölkerung, vor allem der Landbevölkerung zurückzuführen. Die Bauern, die fast 90 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden, und auf deren Konsum die russische Industrie aufgebaut werden muß, haben, obwohl sich ihre Landfläche vergrößert hat, unter dem Druck des Bürgerkrieges, der bolschewistischen Ernährungspolitik sowie unter dem Hunger stark gelitten. Die Bauern sind arm geworden und deshalb nicht in der Lage, trotz des großen Bedarfs Produkte der Industrie zu kaufen. Diesem anormalen Zustand soll der Getreideexport abhelfen. Durch den Export erhält der Bauer einen Anreiz, seine Saatlfläche zu vergrößern. Die Preise für Getreide sind im Inlande sehr niedrig. Durch den Export werden die Getreidepreise steigen, wodurch Geld ins Land fließen wird. Dadurch wird ein gewisser Wohlstand der Landbevölkerung erreicht, was wieder-

um der Inlandsindustrie zugute kommt, die auf dem Lande ihren Absatzmarkt finden wird.

Auch rein finanzielle Gründe sind es, die die Sowjetregierung veranlassen, trotzdem in manchen Gegenden Rußlands ein Mangel an Getreide sich fühlbar macht, den Getreideexport wieder aufzunehmen. Die gegenwärtige Finanzlage Rußlands erfordert nämlich die Aktivität der Handelsbilanz. Trotzdem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland im Vergleich zum Jahre 1920-21 etwas konsolidiert haben, hat sich die Ausgabe von Papiergeld nicht verringert, sondern enorm vergrößert. So wurden bis zum Jahre 1921 insgesamt 1168,6 Milliarden Rubel emittiert, zum 1. Jänner 1922 stieg diese Summe auf 17.539,5 Milliarden Rubel und zum 1. Jänner 1923 auf 1.994.664,4 Milliarden Rubel. Um eine Stabilisierung des Rubels und damit eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen, ist es notwendig, diese Emission aufzuhalten und die staatlichen Ausgaben durch andere Quellen zu decken. Um aber die Emission aufzuhalten, ist es erforderlich, die Einkünfte des Staates zu vergrößern. Dies kann in erster Linie durch Förderung des Getreideexports geschehen.

Vorläufig kann man noch nicht übersehen, ob es der Sowjetregierung tatsächlich gelingen wird, ihre Pläne betreffend einer großzügigen Getreideexportpolitik auszuführen, da dieselben auf große technische Schwierigkeiten stoßen. Der Vorstehende der Exportkredit-Aktien-Gesellschaft ist zwar der Ansicht, daß die Aussichten des russischen Getreideexports sehr günstig seien; doch wir können die Ansicht dieses Beamten der russischen Regierung nicht teilen. Vor allem fehlt es der russischen Regierung an einem geeigneten Verkaufsmarkte. Die neue Gesellschaft ist durchaus unzureichend, um in großzügiger Weise den Export des russischen Getreides ins Ausland vorzunehmen. Dadurch, daß sie in sich den gesamten Getreideexport Rußlands konzentriert, bekommt sie einen sehr schwerfälligen Charakter. Es ist nicht zu erwarten, daß diese gewaltige Organisation die nötige Flexibilität haben wird, die gerade jetzt, wo Rußland seinen ausländischen Markt verloren hat, von größter Bedeutung ist. Die trüben Erfahrungen, die man im Auslande mit russischen Handelsvertretungen bei Anbahnung von Geschäftsverbindungen gemacht hat, sind der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung. Um in Wirklichkeit einen Erfolg auf dem ausländischen Markt zu erzielen, müßte Sowjet-Rußland ausländische Firmen zur Hilfe heranziehen. In erster Linie kamen ausländische Firmen zur Realisierung russischen Getreides auf dem Auslandsmarkt in Betracht. Die ausländischen Firmen kennen selbstverständlich den ausländischen Markt viel besser als die russischen selbst. Sie haben viel größere Erfahrungen als die Sowjetrussischen Beamten, die im Getreidehandel Neulinge sind, und können somit leichter als die Russen selbst das Getreide auf dem Weltmarkt platzieren.

Der Leiter des Außenhandels-Kommissariats Krassin scheint sich dessen bewußt zu sein, daß allein der staatliche Apparat nicht genügt, um den russischen Getreideexport auf die nötige Höhe zu bringen. Deshalb hat auch vor kurzem das Außenhandels-Kommissariat mit ausländischen Getreidefirmen Verhandlungen über Vertretungen und dergleichen geführt. Bis jetzt aber ist noch nichts zu hören, daß diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis geführt haben.

Auf ganz besondere Schwierigkeiten stößt der Getreideexport in Rußland selbst, durch die Zerrüttung des Transportwesens, durch Mangel an Getreidespeichern, Hafenanlagen sowie durch den Mangel an entsprechender Schiffstomage. Auch fehlt es an der Tara, und gerade vor kurzem sind im Auslande mehrere Millionen Säcke bestellt worden, in welchen das Korn aus Rußland ausgeführt werden soll. Ob diese Säcke rechtzeitig nach Rußland und vor allem an die richtigen Stellen gelangen werden, ist auch noch eine große Frage.

Alles in allem: man darf vorläufig keine

übertriebenen Hoffnungen auf den russischen Getreideexport hegen. Der Sowjetregierung stehen allzu große Schwierigkeiten im Wege, die sowohl auf die wirtschaftliche Lage in Rußland, als auch auf die Außenhandels-Monopolpolitik, die die Grundlage für den russischen Außenhandel ist, zurückzuführen ist. Das russische Getreide wird kaum bald den Weltmarkt wieder erobern. Es werden noch Jahre vergehen, bis Rußland seine ursprüngliche Stellung auf dem Getreide-Weltmarkt einnimmt. Das Tempo dieser Wiedereroberung hängt nicht nur von der Ueberwindung der objektiven Schwierigkeiten ab, die durch die Zerrüttung der russischen Wirtschaft hervorgerufen sind, und dem erfolgreichen Getreideexport im Wege stehen, sondern auch von der Getreidepreispolitik und der organisatorischen Fähigkeit der zuständigen Sowjetbehörden.

Aber wenn man auch die übertriebenen Mitteilungen der interessierten Sowjetrussischen Stellen über die bevorstehenden großen Erfolge des russischen Getreideexports mit größter Zurückhaltung aufnehmen muß — da im Gegenteil anzunehmen ist, daß sich Rußland erst langsam und allmählich den Getreidemarkt erobern wird — so muß doch eine Tatsache verzeichnet werden, die von größter Bedeutung für die Weltwirtschaft ist, nämlich die Tatsache, daß Rußland jetzt wieder mit dem Export seines Getreides begonnen hat.

Inland.

Das Wahlergebnis in Karpathenrußland. Das Ergebnis der Sonntags stattgefundenen Gemeindevahlen in Karpathenrußland stellt sich wie folgt dar: Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 102.226. Davon erhielt die sozialdemokratische Partei Karpathenrußlands 14.240 Stimmen, 502 Mandate, die tschechische Nationalsozialistenpartei 2260 Stimmen, 26 Mandate, die magyarische autochthone Partei 4410 Stimmen, 21 Mandate, die Kommunisten 15.156 Stimmen und 315 Mandate, die Agrarier 18.736 Stimmen und 471 Mandate, die Christlichsozialen 2615 Stimmen und 39 Mandate, die Partei der ungarischen Kleinlandwirte 12.417 Stimmen und 366 Mandate, die Partei Chliborods (Merikal) 3287 Stimmen und 105 Mandate, die Juden 7665 Stimmen und 50 Mandate, die Partei Truds 468 Stimmen und 11 Mandate, die Bürgergruppen 20.981 Stimmen und 488 Mandate.

Eine tschechisch-sozialdemokratische Stimme zum Wahlausgang. In einer Versammlung auf der Prager Sophieninsel sprach über das Wahlergebnis der tschechisch-sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Meißner. Er verglich den Ausgang der Sonntags stattgefundenen Wahlen mit den Wahlergebnissen von 1919 und 1920 und kam zum Schlusse, daß das Ergebnis von heute keine solchen politischen Folgen zeitigen werde, wie sie manche Parteien erwarteten. Ein Vergleich der beiden Ergebnisse von 1923 und 1919 zeigt, daß diejenigen Gruppen, welche einst die tschechische sozialdemokratische Partei bildeten, in den heurigen Wahlen zehn, höchstens fünfzehn Prozent verlieren. Von dem so verbleibenden Rest hat die Sozialdemokratie die größere Hälfte. Das Ergebnis ist für die tschechische Sozialdemokratie überaus ehrenvoll schon mit Rücksicht darauf, daß die gesamte Defensivität unter dem Druck der kommunistischen Suggestion die Sozialdemokratie als eine abgetane Größe betrachtete, welche im Parlament eine größere Vertretung hat, als ihr gebührt. Wenn heute Wahlen in die Nationalversammlung stattfinden würden, wären die Veränderungen am politischen Bestande der Kommunisten so gering, daß dies überhaupt keine politischen Folgen nach sich zöge. Dr. Meißner sagte weiter, daß die Wählerchaft die kleinen Parteien abgelehnt habe und erklärt, daß die Koalitionsparteien an die Treue der Beamtenschaft nicht vergessen werden und auf der Wacht sein werden, wenn es um die materiellen Interessen dieser Wähler gehen wird. Ueber die

tschechisch-merikalische sagte Dr. Meißner, daß ihr Anwachsen etwa mit zehn Abgeordnetenmandaten berechnet werden kann und daß dies nicht so viel ist, um in dieser Partei den Wunsch zu erwecken, eine Koalitionskrise und in deren Gefolge Neuwahlen hervorzurufen. Die Agrarier haben auch einen, aber nicht allzu großen Erfolg errungen. In Böhmen, Mähren und Schlesien besitzert sich ihr Zuwachs auf ein Abgeordnetenmandat. Es ist nicht zu leugnen, daß sie jedoch in der Slowakei und Karpathenrußland stärker zugenommen haben. Dr. Meißner erklärte aber, daß sie in diesen Ländern undemokratische Methoden angewendet und die amtliche Gewalt mißbraucht haben. Er warnt die Agrarier, ihre Erfolge zu überschätzen und so, wie die Kommunisten ihre Kraft in den nächsten Wahlen im voraus eskompieren zu wollen. Die Zukunft wird erst zeigen, ob diese Partei von weitblickenden Politikern geführt ist. Es wäre ein Fehler, wenn sie bestrebt wären, der Politik einen agrarischen Stempel aufzudrücken, was mit den Industrieinteressen des Staates nicht übereinstimmen würde. Die Wahlen zeigten, daß die Grundlage der politischen Struktur des Staates Arbeiter und Bauern bilden, und daß es nicht möglich ist, daß diese zwei Schichten gegeneinander gehen, auch wenn es keine rote Koalition gibt. Ueber die Nationaldemokraten sagte Dr. Meißner, daß sie einen großen Teil ihrer Mandate verlieren würden. Er gab weiter der Befürchtung Ausdruck, daß in dieser Partei die Tendenz, undemokratische Methoden zu gebrauchen, überhand nehmen könnte. Mit der Aufforderung zu weiterer Agitationsarbeit für die Sozialdemokratie schloß Dr. Meißner seine Ausführungen.

Der Kampf um den Prager Bürgermeisteramt ist noch nicht entschieden. Wir berichteten bereits, daß die Kommunistenfraktion im Prager Rathaus ihre Stimmen nur dann dem nationalsozialistischen Bürgermeisterkandidaten zuzuwenden will, wenn dieser nicht Dr. Baza ist. Auch in der tschechischnationalsozialistischen Partei machte sich gegen Dr. Baza eine starke Strömung geltend, sodaß wohl nicht mehr mit seiner Wiederwahl zu rechnen ist. Unsere Nachricht bestätigten auch die „Dobro Robin“ Die tschechischen Nationalsozialisten haben sich jedoch noch nicht endgültig entschieden. Ueber die Sache soll in der nächsten Vollzugsausschüßung der Partei beraten werden. Die Anhänger Dr. Bazas erklären aber schon jetzt, daß sie im Falle einer Entscheidung gegen Dr. Baza auf der Kandidatur Bazas auch gegen den Willen des Vollzugsausschusses beharren werden. Neuerdings nehmen sich Dr. Bazas auch die Tschechischmerikalische an. Ein Plan geht auch dahin, Dr. Baza durch die Präsidentenstelle der „Cesta Banka“ zu entschädigen. In einem Teil der tschechischen nationalsozialistischen Partei wird ferner dem Wunsche Ausdruck gegeben, im Rathaus nicht einen sozialistischen Block zu bilden, sondern eine Koalition, ähnlich der im Staate herrschenden. Für diesen Fall erheben aber die Nationaldemokraten den Anspruch auf den Bürgermeisterposten, und zwar kandidieren sie den Dr. Banásk.

Die Zensoren marschieren schon wieder auf. Während des Wahlkampfes haben sie sich ein wenig Zurückhaltung auferlegt, jetzt aber, da der Kampf vorüber ist, zeigen sie wieder Reizung, ihre alten Methoden strapelloser Konfiskation der sozialistischen Presse fortzusetzen. Gestern verfielen unser Troppauer Parteiorgan, die „Volkspresse“, und unser Bodenbacher Blatt, der „Nordböhmisches Volksbote“, der Beschlagnahme. Es soll also wohl alles beim alten bleiben? Es ist eine ganz mehrwürdige Lust der Pressefreiheit, die uns in diesem Staate umweht! Eine wundervolle Demokratie herrscht hier, in der sich die Arbeiter und ihre Institutionen überaus wohlfühlen. Und etwas anderes liegt ja der tschechischen Regierung nicht am Herzen.

Tschechisch-nationale Schulpolitik. Mährische Blätter berichten über einen Fall, der sich in

Militz zugetogen hat und ein großes Licht auf die tschechische Schulpolitik wirft. Die seit mehr als 60 Jahren bestehende deutsche Volksschule in der Mährischen Jünglingsgemeinde wurde behördlich aufgelöst. Infolge des Krieges sank die Geburtenanzahl nennenswert und daher sperrt der mährische Landes-Schulrat die Schule. Der angrenzenden Gemeinde Militz wurden schon vor zwei Jahren Volksschulklassen für die tschechischen Kinder weggenommen. In der Schule dieses Ortes gibt es Klassen mit über 70 Kindern! In diese überfüllte Schule sollen nunmehr auch die Kinder der anderen aufgelösten Schule aufgenommen werden. Die tschechischen Schulpolitiker rechnen damit, daß die Juden ihre Kinder in die nicht überfüllte tschechische Schule schicken werden. Welchen Sinn hätte es sonst, eine leerstehende und eine überfüllte Schule zu schaffen?

Die Eisenbahner und der Bergarbeiterstreik.

Vorprache beim Ministerpräsidenten.

Die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen der Eisenbahnangestellten, und zwar der Union, Jednota (nationalsozialistischer Eisenbahnerverband), der Beamten, Lokomotivführer und des Verband der Eisenbahner haben in einer gemeinsamen Zusammenkunft am 19. September 1923 über die Situation beraten, die durch die lange Dauer des Bergarbeiterstreikes entstanden ist.

Verhandelt wurde hauptsächlich über die Situation, welche für die organisierten Eisenbahner entsteht, wenn die Eisenbahner nach erfolglosen Verhandlungen des Zentralstreikkomitees mit den Bergwerksbesitzern im Hinblick auf den steigenden Kohlenmangel, zum Verladen und zur Beförderung der auf den Halben lagernden Kohle oder zur Beförderung ausländischer Kohle über das Kontingent, gezwungen würden.

Die Vertreter der genannten Eisenbahnerorganisationen erachteten es von ihrem Standpunkt als ihre Pflicht, zu erklären, daß jede Tätigkeit, welche zur Durchbrechung des Streiks sozial schwacher Schichten zugunsten des Grube-kapitals führen würde, als Streikverhinderung betrachtet werden müßte und es in den Intentionen der Organisationen wäre, ihren Mitgliedern gegenüber klar und offen eine solche Arbeit vom Standpunkt sozialer Solidarität als unehrenhaft für einen organisierten Arbeitnehmer zu bezeichnen.

Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen sind deshalb übereingekommen — um vor den schweren Folgen einer solchen Entwicklung der Dinge zu warnen — eine gemeinsame Intervention beim Ministerpräsidenten zu unternehmen, damit die Regierung durch Einschränkung auf die Bergbauunternehmer den sozialen Konflikt im Bergbau liquidieren helfe und so von vornherein eine schicksalsschwere Erweiterung des Konfliktes verhinere.

Nach der Abgabe der Erklärung des Standpunktes der Regierung in dieser Frage werden die Vertreter der genannten Eisenbahnerorganisationen zusammenkommen, um zur Situation einen endgültigen Standpunkt einzunehmen.

Ausland.

Die Wiener tschechischen Nationalratskandidaten. Gestern veröffentlichte der „Widensky Dennik“ die Kandidatenlisten der tschechoslowakischen Parteien. Spitzenführer in allen Wahlkreisen ist Abg. Klimes (tschech. Sozialist). Auf der Kandidatenliste sind Vertreter der Nationaldemokraten, der tschechischen Volkspartei und der selbständigen Gewerkepartei enthalten.

Geistersehwindel.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Wie Geistersehwindel ausgeführt wird, zeigt Schiller im Anfang seines Romans: „Der Geisterseher“. Damit die Kunden in die notwendige Stimmung geraten, müssen sie sich bis auf Hemd und Strümpfe entkleiden und vor einen Altar stellen, auf dem u. a. ein Totenkopf und eine chaldäische Bibel liegen. Der Raum ist verdunkelt und mit dichtem Rauch angefüllt. In einer Silberkapsel brennt Spirituslicht, das nach viertelstündiger „Beschwörung“ verlischt. Da erscheint unter Donnergeräusch der gewünschte „Geist“ und antwortet in langen Pausen auf die Fragen, die sein „Beschwörer“ stellt. Der Betrüger wird entlarvt und gesteht, wie er den Schwindel ausgeführt hat. Den Donner erzeugte ein Gefäß mit den bekannten Geräten, mit denen auf dem Theater Donner hervorgerufen wird. Gegenüber war im Querschnitt des Fensterladens eine Zauberkatze versteckt. Solange das Spirituslicht brannte, konnte man das Bild des „Geistes“ nicht sehen. Als aber die Flamme erlosch, wurde es sichtbar. Der auffliegende Rauch bewegte es. Die Antworten gab ein anderer Gefäß, der im Schornstein versteckt war. Wer die Kunst des Zaubers nicht versteht, kann die Antworten selbst erteilen. An Stelle der Zauberkatze treten heutzutage dünne Zylinder, leuchtende Substanzen usw. Die nötige Bewegungsvermittlung sichern die „Medien“ ihren Kunden dadurch, daß sie falsche Arme auf den Tisch legen und mit den natürlichen Armen arbeiten. Die An-

wesenden aber denken, der Betrüger hat seine Hand frei. Eine Spiritistin ließ je eine Person rechts und links von sich Platz nehmen und beauftragte sie, ihre Hände festzuhalten. Dabei reichte sie dem rechten Nachbar die linke Hand des linken Nachbarn und umgekehrt. Die Kontrolleure aber glaubten, jeder halte eine Hand des Mediums. Auf einen besonders gerissenen Schwindel fiel Napoleon III. herein. Er mußte die Hände unter den Tisch halten und wurde — wie er dachte — von der kalten Geisterhand seines großen Onkels gestreift. In Wirklichkeit aber war es der Fuß des Mediums, das ohne Strümpfe und in etwas zu weiten Schuhen erschienen war!

Eine Feilsang erzeugten Geisterphotographien großes Aufsehen. Läßt sich jemand fotografieren und ist dann neben ihm auf dem Bilde der Geist seines Großvaters oder seiner verstorbenen Gattin zu sehen, so glaubt er leicht, während der Aufnahme hat, dem menschlichen Auge unsichtbar, ein Geist ihm zur Seite gestanden. Die lichtempfindliche Platte läßt zwar nicht. Aber der Mensch kann Mißbrauch mit ihr treiben. Man stellt den Apparat vorher auf den Stuhl ein, auf dem sitzend der Kunde fotografiert werden soll. Dann verdunkelt man den Raum ein wenig und läßt jemand in „Geisterkleidung“ daneben Platz nehmen und belichtet ganz kurz. Mit derselben Platte fotografiert man dann. Man kann den Geist auch nachträglich auf die Platte bringen. Solche Photographien lassen durch den Körper des „Geistes“ die Umrisse der Gegenstände hindurchschimmern, die sich hinter ihm befinden, und sehen sehr natürlich aus.

Wie man Geisterstimmen erzeugt, wurde schon

angedeutet. Dabei kam „Mohammeds Geist“ einmal in schwere Bedrängnis. Er hatte verzwickte Fragen sehr gut beantwortet. Da fragte ihn ein Professor der orientalischen Sprachen etwas auf Arabisch. Mohammed blieb die Antwort schuldig. Dabei war, als er noch auf Erden wandelte, Arabisch seine Muttersprache. Die Frage, die nicht beantwortet werden konnte, aber hieß: „Wieviel ist zweimal 2?“

„Geisterschriften“ lassen sich auf verschiedene Weise erzeugen. Man schreibt einige Sätze auf eine Schiefertafel und bedeckt das Geschriebene mit einer schwarzen Pappe, die auf die Schreibfläche paßt. Darauf legt man eine andere Schiefertafel. Dann holt man beide Tafeln über den Kopf, beginnt zu zittern usw. Ehe man die Tafeln auf den Tisch legt, richtet man es so ein, daß die Tafel, die erst unten lag, oben zu liegen kommt. Da fällt die Pappeneinlage auf die andere Tafel und die Schrift wird sichtbar.

Die „Geisterdruckpresse“ kann man in verkleinertem Ausgange auf Jahrmärkten zu kaufen bekommen. Sie besteht aus zwei schwarzen Rollen. Was man an unbeschriebenen Papier links hineinsteckt, kommt sehr beschriebenen oder bedruckt scheinbar rechts heraus. In Wirklichkeit aber sind die Rollen so mit schwarzem Papier überzogen, daß sich die Zettel, die man hineinsteckt, unter den Ueberzug der einen Rolle wickeln, und daß auf der anderen Seite herauskommt, was man vorher hineingewickelt hat!

Wer Fragen, die in Briefumschläge eingeschlossen sind, vor dem Öffnen dieser Umschläge beantwortet, ist noch lange kein Helffer. Er hat eine selbstgeschriebene Frage eingeschmuggelt,

und den Umschlag zu leicht gelegt. Er beantwortet sie aber zuerst. Was er auf diese Weise vorher zu lesen bekommt, kann er dann leicht beantworten! — Ähnlich verhält es sich auch mit folgendem Schwindel: jemand fordert einen Anwesenden auf, eine zweistellige Zahl auf einen Block zu schreiben, einen andern eine dreistellige Zahl usw., dann läßt er einen sicheren Rechner alle Zahlen zusammenzählen und das Ergebnis verkünden. Dieselbe Zahl aber findet sich in versteckten Umschlägen, die er vorher verteilt, in verschlossenen Kästen usw. Er hatte gar nicht die Zahlen summieren lassen die die Anwesenden aufgeschrieben hatten, sondern andere Zahlen, die man selbst auf die Rückseite des Blocks geschrieben hatte. Da konnte er das Ergebnis leicht wissen und es vorher überall hinschreiben!

Das sind nur einige Tricks, deren sich Schwindler bedienen. Bei manchen Schwindeln seien zwei man noch nicht, wie sie ausgeführt werden. Schwindel sind sie aber doch! Die Betrüger wollen entweder — wie in Schillers „Geisterseher“ — Einfluß auf ihre Mitmenschen ausüben oder sie um ihr Geld prellen. Gerade in unserer Zeit machen die Spiritisten glänzende Geschäfte. Durch den Krieg sind so viel Menschen ums Leben gekommen. Die Angehörigen wollen gern mit den Geistern der Gefallenen verkehren. Wer nun vorgibt, diese Verbindung herstellen zu können, der findet immer Zuhörer. Dem glaubt man auch dann, wenn er den dreifachen Betrag verliert und den plumpesten Trick anwendet!

Telegramme.

Ohne Rückkehr zur Produktion keine Reparationszahlungen.

Berlin, 21. September. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung dürfte anfangs der nächsten Woche in Gemeinschaft mit den Vertretern der besetzten Gebiete entscheidende Beschlüsse in der Frage der Beilegung des Ruhrkonfliktes fassen. Die allgemeine Auffassung in der sozialdemokratischen Partei über die gegenwärtige Lage gibt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ in folgender Weise wieder: Wenn Belgien und Frankreich bereit sind, eine weitgehende Aenderung in der Natur der Besetzung vorzunehmen, dann steht unseres Erachtens der Aufgabe des passiven Widerstandes selbst dann nichts im Wege, wenn die Zurücklassung der Ausgewiesenen und die Freilassung der Verhafteten erst ermöglicht wird, nachdem die Rückkehr zur Produktion erfolgt ist. Infolgedessen bedürfte es jetzt lediglich noch Klarheit darüber, in welchem Maße die Form der Besetzung geändert werden soll. Wir wissen, daß sowohl Frankreich wie Belgien nicht geneigt sind, alle Ausgewiesenen zurückzulassen; wir glauben aber auch nicht, daß die Reichsregierung die Absicht hat, an einem Einzelfall die Verständigung scheitern zu lassen. Aber es liegt sowohl im Interesse Frankreichs wie der Entente überhaupt, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, die Führer der Produktion die Leitung der Fabriken übernehmen und die Gewerkschaftsführer der schaffenden Arbeit wiedergegeben werden. Darüber soll man sich doch auch in Frankreich klar sein, daß ohne restlose Wiederaufnahme der Produktion im besetzten Gebiete eine Möglichkeit zur Zahlung der Reparationsopfer nicht besteht.

Verantwortungslose kommunistische Demagogie.

Berlin, 21. September. (Eigenbericht.) Ihrer Verlogenheit und verantwortungslosen Demagogie setzt heute die kommunistische Partei die Krone auf, indem sie einen Aufruf veröffentlicht, worin sie genau so wie die Nationalisten von rechts von einer angeblichen Kapitulation der Reichsregierung spricht und sich außerdem gegen die Beendigung des Ruhrkampfes wendet. Die geistige Verfassung der deutschen Kommunisten ähnelt so sehr der der Deutschnationalen, daß man fast auf eine gegenfeitige Vereinbarung schließen könnte. Beide Parteien reden davon, daß der Kampf bis zur Entscheidung geführt werden soll; sie hüten sich aber davor, die Mittel anzugeben, mit denen das geschehen könnte. Wer auch nur die geringste Einsicht in die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands hat, muß wissen, daß die Fortführung des Ruhrkampfes unter Verzicht auf eine erträgliche Verständigung nicht nur mit dem völligen Ruin Deutschlands, sondern auch mit dem Untergang der deutschen Arbeiterklasse erkaufte würde.

Erheblicher Rückgang der Devisenkurse.

Berlin, 21. September. (Eigenbericht.) Wie nach der gestrigen Intervention der Reichsbank vorauszusehen war, bestieg sich heute die Spekulation am Devisenmarkt einer größeren Zurückhaltung. Weite Kreise mühten Deckungsverkäufe vorzunehmen, um die ihnen gestern im vollen Umfange zugewiesenen Devisen bezahlen zu können. Infolge dessen gingen heute die Kurse erheblich zurück. Der Dollar fiel von 181 auf 110, das Pfund von 825 auf 500, der Schweizer Franken von 32 auf 19 und die Tschechoskone von 5,4 auf 3,3 Millionen Mark.

Ein Sprengstoffattentat.

Berlin, 21. September. (Eigenbericht.) Raum ist die Personensperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet aufgehoben worden, so gibt ein neuer Vordenker des Besatzungsbehörden den Vorwand, um über die Bevölkerung des Ruhrgebietes wieder schwere Sanktionen zu verhängen. Gestern abends wurde an der Brücke einer im Stadtbezirk Essen gelegenen Bahnstrecke ein Sprengstoffattentat ausgeübt, wobei die Geleise in der Länge von drei Metern ausgerissen, aber nur wenig Sachschaden angerichtet wurde. Nur an den Häusern der benachbarten Straßen sind infolge des Aufbrundes zahlreiche Fensterscheiben eingedrückt worden. Dieses Attentat kann nur von einem Spion oder nationalistischen Verbrecher ausgeführt worden sein; es ist umso verwerflicher, als sich die Reichsregierung gerade jetzt bemüht, eine für die Verständigung günstige Stimmung herbeizuführen. Es ist zu erwarten, daß die schlag Regierung, nicht wie das Kabinett Cuno, das Verbrechen entschuldigen, sondern alle Vorkehrungen treffen wird, um seine Wiederholung zu verhindern.

Frankreichs Sanktionen.

Koblenz, 20. September. (Havas.) Die Franzosen haben 2359 Milliarden Mark, die für die arbeitslosen Eisenbahner bestimmt waren, beschlagnahmt.

Düsseldorf, 20. September. (Havas.) Der Revisionrat hat die Entsendung des Kriegsrates, durch welche der Einschleppende Raabe zum Tode verurteilt wurde, bestätigt.

Mannheim, 20. September. (Wolff.) Die Franzosen haben sämtliche Zugänge zum Mann-

heimer Schloß durch Soldaten mit aufgeflossenen Bajonetten besetzt und an verschiedenen Punkten auch Maschinengewehre aufgestellt. Da im Schloße auch verschiedene Verwaltungsbehörden, ferner das Landgericht, das Amtsgericht und die Finanzbehörden untergebracht sind und die Beamten nicht hineingelassen werden, können sie ihre Arbeiten nicht erledigen.

Vor der Liquidierung des Fiume-Konfliktes.

Rom, 20. September. Die Blätter berichten, daß die Lösung des Fiumekonfliktes unmittelbar bevorsteht.

Rom, 20. September. Der „Matin“ meldet aus Belgrad, daß zwischen Rom und Belgrad auf folgender Grundlage verhandelt werde:

1. Annexion Fiumes und seines Hinterlandes durch Italien; dafür anerkennt Italien die jugoslawische Souveränität über den Hafen von Barof und das Delta.
2. Grenzberichtigungen zu Gunsten Jugoslawiens im Hafen von Fiume an Jugoslawien.
3. Abschluß eines Handelsvertrages.
4. Abschluß eines politischen und eines militärischen Vertrages, der die innigsten Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien bezüglich der Balkanländer und Zentraluropas herstellen soll. Dieser Vertrag wird Jugoslawien verpflichten, in der Adria keine Kriegsflotte zu bauen.

Der Agent provocateur ist gefunden.

Ein Erfolg der italienischen hohen Politik.

Rom, 21. September. (Havas.) „Il Mondo“ erzählt aus Tirana: Die Fiumwache verhaftete in der Umgebung von Argiro-Castro eine Person in griechischer Uniform, welche die Namen der Mörder der Mitglieder der italienischen Vermessungskommission sowie ihre Mitschuldigen bekanntgab.

Die Stupistina berät Freitag über Fiume.

Belgrad, 20. September. In der heutigen Sitzung der Stupistina, welcher die Minister beizuhören und die ziemlich ruhig verlief, wurde nach Erledigung des Einlaufes die Interpellation der demokratischen Abgeordneten betreffend die Ereignisse in Fiume verlesen. — Der Abgeordnete der Bauernpartei Josits warf der Regierung ihre Scheinmoral bezüglich der letzten Fiumaner Ereignisse vor. Darauf wurde beschlossen, die Interpellation auf die Tagordnung der morgigen Sitzung zu setzen.

Faschisten und Irredentisten in Rumänien.

Bukarest, 21. September. Wie die hiesigen Blätter melden, haben Polizeibehörden gestern nachts Hausdurchsuchungen in Lokaltäten faschistischer Organisationen vorgenommen und beschlagnahmten dort zahlreiche Manifeste und Dokumente. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung über die faschistische Bewegung eingeleitet, in welche auch hohe Persönlichkeiten der Zivil- und Militärbehörden verwickelt sein sollen.

Das Kriegsgericht in Konstanza hat im Prozeß mit 72 bulgarischen Irredentisten, die wegen revolutionärer Tätigkeit in der Dobrußja angeklagt waren, zehn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, drei zu fünf Jahren, fünfzehn zu drei Jahren und fünfzehn zu einem Jahr Kerker verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen.

Im Lande der bulgarischen Reaktion.

Sofia, 20. Sept. Heute um 3 Uhr nachts überfielen bewaffnete Kommunisten die Kaserne in Stara Zagora, das Polizeikommissariat in Schirpan und in Nowa Zagora. In Stara Zagora wurde bis zum Sonnenaufgang gekämpft und die Kommunisten überall zerschlagen. In Stara Zagora wurden fünf Kommunisten getötet und ebenso viele verwundet, von den Regierungstruppen ein Soldat und ein Freiwilliger verwundet. In Schirpan wurde der Polizeiposten verwundet. Zwölf Kommunisten sind verhaftet worden. Im Schirpaner, Nowa Zagoraer und Kaganlyker Kreise ereigneten sich größere kommunistische Unruhen. Die Defter Reichtümer und Sooboda proklamierten die Sowjetrepublik. Die Regierung hat den Aufstand überall unterdrückt. Sie erklärt, genug stark zu sein, um jeden Versuch unbarmerzig zu unterdrücken.

Sofia, 20. Sept. Gestern um 21 Uhr wurde der Anarchist Pluben Jusbarov beim Affizieren eines anarchoistischen Aufrufes angehalten. Er wehrte sich gegen die Verhaftung mit einem Revolver, wurde jedoch von einem Polizisten mit dem Säbel zu Boden geschlagen. Er ist im Krankenhaus gestorben. Sonst herrscht in der Stadt Ruhe. Mehrere Kommunisten, darunter Dr. Salawow, sind aus der Haft entlassen worden. (Alle Meldungen aus Bulgarien müssen mit Vorbehalt vermerkt werden; sie sind, wenn nicht ganz erfunden, entstellt oder übertrieben. D. Red.)

Überall „Weltfrieden“.

Paris, 21. September. (Havas.) Die „Chicago Tribune“ aus Madrid erfährt, hat eine aus 6 Kreuzern und 12 Torpedobootzerstörern bestehende spanische Flotte das Bombardement der die Bucht Alhucemas beherrschenden Anhöhen begonnen.

Paris, 21. September. (Havas.) Nach Konstantinopler Plätermeldungen sollen türkische Truppen das strittige Gebiet von Bulaghoschi an der türkisch-persischen Grenze besetzt haben.

Vom „Völkerbund“, der „etwas“ enttäuscht hat.

Genf, 21. September. (Schweiz, Dep. Ag.) Die Völkerbundsversammlung hielt heute eine Sitzung in Anwesenheit aller Delegationen und vor dicht besetzten Tribünen ab.

Von sympathischem Beifall begrüßt, bestieg als erster Redner Bundesrat Motta die Tribüne. Er kam auf die bedauerliche Tatsache zu sprechen, daß bisher verschiedene Zusatzanträge nicht ratifiziert wurden und deshalb auch nicht in Kraft treten konnten. Sehr bedauerlich fand er, daß der modifizierte Artikel 26 nicht angenommen wurde, welcher für eine Aenderung des Paktes anstalt Einstimmigkeit nur eine Mehrheit vorsah. Weiter wies Motta auf den hohen Wert des itäudigen internationalen Gerichtshofes im Haag hin und bedauerte den Umstand, daß von den 25 Staaten, die ihren Beitritt erklärt haben, nur 15 sich für die obligatorische Gerichtsbarkeit ausgesprochen haben, darunter keine einzige der Großmächte, die einen ständigen Sitz im Völkerbundsrate haben. Es wäre ein Akt von großer moralischer Größe, wenn die Großmächte sich dieser obligatorischen Gerichtsbarkeit unterziehen würden. Motta berührte sodann in zurückhaltenden Worten den italienisch-griechischen Konflikt. Er glaube, es sei besonnen und nützlich, wenn sich die Versammlung nicht in diese Angelegenheit mische und sich mit der Absicht des Rates zufrieden gebe, die Auslegung gewisser Bestimmungen des Paktes durch hervorragende Juristen prüfen zu lassen. Der Bundesrat machte sodann zur Frage der Verantwortlichkeit der Staaten für politische Verbrechen, die sich auf ihrem Gebiete ereignen, im Namen der Schweiz gewisse Vorbehalte. Schließlich äußerte sich Motta noch über den Völkerbund als solchen, der sich besonders in diesem Jahre als eine starke moralische Kraft (?) erwiesen habe. Seine materiellen Mittel sind allerdings noch gering und sie werden es solange bleiben, als der Völkerbund nicht universell ist. Die Universalität desselben ist das Ziel unserer Wünsche. Verschiedene Delegierte begrüßten Motta zu seinen Ausführungen.

Louder (Holland) stimmte im wesentlichen den Ausführungen Mottas zu und erinnerte daran, daß nunmehr noch eine Reihe grundsätzlicher Fragen zu lösen bleibe.

Fshii (Japan) stellte als Präsident des Rates fest, daß die Frage der Interpretation des Paktes und der Befugnisse des Völkerbundsrates von großer Bedeutung ist und gelöst werden muß.

Ransen (Norwegen) kam vor allem auf die Reparationsfrage zu sprechen, indem er den Wunsch der kleinen Staaten betonte, daß endlich ein Abkommen über die Art und Weise, wie die Reparationskosten zu zahlen seien, erzielt werde.

Er bedauert, daß der Völkerbund bis jetzt nicht intervenieren konnte

und drückt die Hoffnung aus, daß vor dem Zusammentritt der nächstjährigen Versammlung dieses große Hindernis für den Frieden der Welt aus dem Wege geräumt sei.

Zahle (Dänemark) bedauert, daß jene, die vom Völkerbunde auf dem Gebiete der Abrüstung und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit einen Fortschritt erwarteten, etwas enttäuscht worden seien. Es gebe nur ein Mittel, den Pessimismus und die Zweifel der Welt durch die Empfehlung und das Zutrauen zu erlegen. Dieses Mittel bestehe darin, daß der Bund seine Unvollkommenheiten ablege und durch ganze Arbeit den Frieden der Welt sichere.

Sehr bestimmt verlanget, daß die Reparationsfrage, wenn auch nicht heute, so doch in einer der nächsten Sitzungen ausgetrollt werden wird.

Ein Zwischenfall.

Genf, 21. September. (Schweiz, Dep. Ag.) In der fünften Kommission der Völkerbundsversammlung kam es heute nachmittags zu einem sehr heftigen Zusammenstoß zwischen dem englischen Delegierten Edith Lyttleton und dem Schweizer Delegierten Bundesrat Ador. Edith Lyttleton erklärte, die Tatsache, daß die Schweiz bis zur Stunde die internationale Konvention zur Regelung des Opiumhandels vom Jahre 1912 nicht ratifiziert habe, sei von der größten Bedeutung für den Schmuggel mit Opium, Kokain, Morphinum usw. in der ganzen Welt und besonders für den geheimen Export aus der Schweiz nach den Vereinigten Staaten von Kanada. E. Lyttleton glaubt einen Appell an das Gewissen des Schweizer Volkes richten zu müssen. Sichtlich erregt ergriff Bundesrat Ador das Wort, um die Schweiz gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Er hob den aufrichtigen Willen des Bundesrates hervor, die Ratifikation sobald als möglich vorzunehmen. Die Schweizer Regierung ziehe übrigens aus dem unerlaubten Handel mit Opium, Kokain usw., welche aus dem Schweizer Gebiet in das Ausland gehen, nicht den geringsten materiellen Nutzen, während andere Regierungen bekanntlich jährlich große Summen aus diesem Handel zögen. Nach einer längeren Debatte nahm die Kommission eine Resolution an, in welcher der Völkerbundsrat ersucht wird, bei den Regierungen der acht Staaten, darunter in erster Linie der Schweiz, welche die Konvention noch nicht ratifiziert haben, dahin zu wirken, daß dies baldmöglichst geschehe. Damit war der Zwischenfall erledigt, welcher bei allen Anwesenden einen peinlichen Eindruck hervorgerufen hat.

Tages-Neuigkeiten.

Er.

Einer ist, — wenn der in die Falle tritt, geht sein Glück auf, hört keiner den Schritt, hebt durch die Kleiderhumpen ein Frieren, pfeift ängstlich der Weiterzug in den Türen.

Der schreitet still wie ein Geist im Traum, dumpfe Beklemmung weilt im Raum, Schichtmarkenmeister ruft ihn nicht, sein Junge reicht ihm das Grubenlicht.

Er fährt mit an, der Schachturm schwankt, ein Ton mit dem Seil durch die Trumme jankt, davon werden still, es packt ein Graufen die im Stuhle fahrend hinunterlaufen.

Und drümen im Stollen, bald dort, bald hier, er wandert mit dir, er schleicht hinter mir, er ist Pferdejunge, ist Feuermann, er weht wie ein Schatten, er springt dich an.

Du richtest die Stufen, du prüfst dein Geleucht, mit den Flansen das Feuer hast du verschleudert, du quälst dich, daß du dein Brot gewinnst, — hinter dir steht der Laurer und grünet.

Du schaffst im Drie, er schämt dir vor, er raunt dir leise ein Wort ins Ohr, — du sinnst und sinnst, ganz still gebannt, — da nimmst er die Saue dir aus der Hand.

Vielleicht, daß er dir noch heute naht, dann, fahre wohl, mit Glück auf, Kamerad.

(Aus den Gedichten des westfälischen Bergmanns Lito Wohlgenuth, die unter dem Titel „Aus der Tiefe“, im Buch- und Kunstverlag H. Vogel, Düsseldorf, erschienen.)

Die Böde als Gärtner. Wie uns mitgeteilt wird, wurde dem Reichsberger kommunistischen Parteisekretär Beuer, der bekanntlich als Soldatenschilder gerichtlich gebrandmarkt wurde, in einer bürgerlichen Wählerversammlung in Worchensheim, die die Kommunisten besucht hatten, ein hölzerner, schiefergeschmüdter Säbel überreicht. Daß Herr Beuer derlei öffentliche Ehrungen verdient, darüber kann kein Zweifel bestehen, und es schadet durchaus nicht, wenn in Worchensheim und anderswo öfters die Erinnerung an das Verhalten jenes Mannes während der Kriegszeit geweckt wird, den die Kommunisten trotz alledem weiterhin als Kreissekretär in Reichsberg, also als einen ihrer ersten Vertrauensmänner, belassen. Daß aber die Bürgerlichen glauben, den Beuer durch symbolische Hinweise auf die Soldatenschilderzeit verhöhn zu können, ist denn doch zu stark. Wer waren denn jene, die als Offiziere die Mannschaft bis aufs Blut sektierten? Doch durchwegs Bürger und Bürgerjöhne! Und Beuer selber hat ja seine Heldentaten als Angehöriger dieses famosen deutschen Bürgertums vollbracht; seine bürgerliche Ideologie gab ihm damals die „Berechtigung“, seine Untergebenden, die Arbeiter im Waffenrock, zu quälen, zu tyrannisieren und als „mindere“ Gattung Mensch zu behandeln. Und nun kommt diese Klasse der Soldatenschilder und will einen der Ihren verhöhn? Sie verhöhn sich damit selbst, prangert damit die eigene verhängbare Schuld an. Daß Beuer weiter in einer proletarischen Partei seine Rolle spielt, fällt gewiß schwerer zu Lasten der Kommunisten; die Deutschbürgerlichen aber haben absolut kein Recht, irgendjemandem Soldatenschilderei vorzuwerfen.

Mörderfamilie Raehne. Am 2. Oktober begann vor dem Schwurgericht in Betzdorf die Verhandlung gegen den Schlossherrn von Begow, Hauptmann v. Raehne, der wegen Ermordung eines Arbeiters auf vorsätzliche Tötung gefasst ist. Vor einigen Tagen wurde sein Sohn Karl v. Raehne vom Amtsgericht Werder zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der junge Raehne hat einen armen Bauern, der im Walde Holz sammelte, brutal mißhandelt, hat ihm hierauf eine Schlinge um den Hals gelegt und ihn unter Bedrohung mit dem Jagdwehr zur Försterei getrieben. Dann hat er einen Trupp Wandervögel beschossen und sie dann mit vorgehaltenem Gewehr aus dem Walde gejagt. In seinem Plaidoyer bezeichnete bei diesem Prozeß der Staatsanwalt das Treiben der Familie Raehne als geradezu gemeingefährlich und als eine politische Gefahr. Geld sei für derartige Großagravien keine Strafe mehr. Es könne gegen sie nur mit Gefängnis vorgegangen werden. Das Gericht schloß sich der Anschauung des Staatsanwaltes an.

Kapitalistische Wirtschaftsordnung. Ein Schulbeispiel für den von unseren Gegnern immer so gepriesenen Segen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liefert nachstehender Brief, den Ende Juli eine Deutsche aus Colorado (Südamerika) an ihre Mutter nach Deutschland abschickt hat. In dem Brief heißt es unter anderem: Die Farmer hier herum haben mich gebeten, an jemand zu schreiben, der helfen kann, in einer Angelegenheit, die ich Ihnen hiermit schreibe. Es ist viel Weizen hier gebaut worden, aber kein Markt dafür vorhanden. Die Farmer denken, wenn sich ein Markt öffnen lassen könnte direkt in Deutschland, das würde den Deutschen und zugleich auch den Farmern eine große Hilfe sein. Könnten Sie da vermitteln mit einigen Häusern, die Weizen kaufen? Wir würden Ihnen recht dankbar sein; denn die Zustände für die Farmer sind hier schrecklich. Bitte, lassen Sie mich gleich wissen, ob Sie etwas für uns tun können.

In Deutschland wütet der Hunger, in Südamerika muß der Weizen schließlich verbrannt wer-

den, weil man für ihn keine Verwendung finden kann! Vernichtender könnte der bürgerlichen Wirtschaftsbildung nicht das Todesurteil gesprochen werden.

Ein Pfund Knochen — eine Million Mark. Im Berliner „Vorwärts“ lesen wir: „Dem Kinderarmut wird das Verhungern leichter gemacht als die Ernährung. Er konnte sich vor einem Vierteljahr immer noch mit einem zum Sonntagshut eingekauften Pfund Knochen einigermassen heften. Mit Brühknochen ohne Fleisch ließen sich Suppen und Gemüsegerichte bereiten. Jetzt gibt es auch das kaum mehr. Der Pfundpreis für Knochen ist glücklicherweise einer Million angelangt. Einst hieß es mit verhaltenem Kerger: „Meister, nicht so viel Knochen — — — Fleisch will ich kaufen!“ Prompt antwortete der Meister: „Geben Sie etwa, bei die Käse uff Süße lösen? Ad muß die Knochen mitbehalten und kann se nicht uff de Strahe werfen.“ Jetzt reißt man sich, wenn eine Million dazu übrig ist, um Knochen. Die Nachfrage ist weit größer als das Angebot, was ebenfalls den Preis hochschraubt.“

St. Viktorienismus. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus dem Kreise Kalau in der Provinz Brandenburg folgendes ergötzliche Geschichtchen:

1. Am 10. Mai erscheint in einem Lokalblättchen, dem „Zentenderger Anzeiger“, eine Annonce: „Wachamer Hofhund zu verkaufen; zu erfragen Buchdruckerei Ruhland.“ Der Steuer- und Finanzamt des Finanzamtes Kalau schneidet diese Annonce aus und schickt sie aufgeliebt dem Finanzamt Hoyerwerda, in dem Ruhland liegt, zur „gefälligen weiteren Veranlassung gem. § 40 Abs. 4 und 5 des Umsatzsteuergesetzes“ zu. Porto 100 Mark.
2. Das Finanzamt Hoyerwerda wendet sich an die Buchdruckerei Ruhland zur Erforschung des Auftraggebers, Mitte Juni. Porto 100 Mark.
3. Die Buchdruckerei tut dem Finanzamt den Gehallen und nennt den Auftraggeber, 23. Juni. Porto 100 Mark.
4. Das Finanzamt Hoyerwerda sendet dem Finanzamt Kalau die Feststellung zu „zur weiteren Veranlassung“, da der Auftraggeber im Bezirk Kalau wohnt, Anfang August. Porto 1000 Mark.
5. Das Finanzamt Kalau wendet sich an den Gemeindevorsteher des Dorfes, in dem der Verkäufer wohnt (es ist kein Wohnort), mit dem Ersuchen, festzustellen, ob, wann und an wen das „Objekt“ verkauft ist und zu welchem Kaufpreis, am 4. September. Porto 75.000 Mark.
6. Jetzt muß der Gemeindevorsteher die Fragen dem Finanzamt Kalau zurückschicken, kostet 75.000 Mark.
7. Im Oktober 1923 erhält der Verkäufer vielleicht den Umsatzsteuerbescheid, und da dann das Porto sicher wieder erhöht ist, beträgt es vielleicht 300.000 Mark.

Im ganzen sind dann also 661.310 Mark an Porto ausgegeben, ungerichtet der Verbrauch von Papier, Briefumschlägen, Federn und Tinte und — vor allem — die Arbeitszeit der Beamten, die den Schriftwechsel leisteten. Und wofür? Nun, der Hund wurde für 60.000 Mark verkauft — das macht bei zwei Prozent Umsatzsteuer also 1200 Mark, geschrieben: zwölfhundert Mark.

Dazubemerkte das genannte Blatt ironisch: Sollte aber nun jemand meinen, daß uns solcher Bürokratismus schmerzlich berühre, so irrt er. Man muß heutzutage für alles dankbar sein, was geeignet ist, einen wieder mal lachen zu machen.

Eine Warnung vor der Auswanderung nach Rumänien. Ein österreichischer Genosse erhielt von einem Freunde, der vor mehreren Monaten nach Rumänien ausgewandert, ein Schreiben, in dem es heißt: „Jedem Auswanderungslustigen, der nicht einen kompletten Vertrag, der ihm freie Wohnung, freie Reise, Papiere und mindestens 6000 Lei (das sind ungefähr 1.820.000 österreichische Kronen) monatlichen Gehalt, in Händen hat, wird von der Auswanderung abgeraten. Dem auf „gut Glück“ nach Rumänien Auswandernden ist es wegen der zunehmenden Teuerung und der dadurch bedingten Arbeiterentlassungen sowie der auch in Rumänien stabil gewordenen Krise in der Industrie sehr schwer möglich, eine Arbeit zu finden. Die vor zirka drei Monaten ausgewanderten sind zum Großteil schon wieder zurückgekehrt, bzw. haben die Abilad, in kurzer Zeit wieder heimzufahren, da sie mit sehr großen Schwierigkeiten in jeder Hinsicht zu kämpfen haben.“

Marknoten als Stampfpapier. Von einem Antje in Rumark in der Oberpfalz erfolgte dieser Tage der Verkauf der kleinen Banknoten als Stampfpapier zum Einstampfen. Es ergab sich ein um mehrere hunderttausend Mark höherer Erlös, als der Nennwert der Noten betrug.

Die Unruhen in Palästina. Das Reutersche Bureau meldet aus Jerusalem, daß Aufständische die Stadt Amman am Sonntag umzingelt und die Telefon- und Telegraphenleitungen unterbrochen hatten. Nach scharfen Kämpfen wurden sie unter Zurücklassung von 82 Toten zurückgeschlagen. Sie flüchteten in südlicher Richtung. Eine weitere Meldung aus Jerusalem besagt, daß der Aufstand in Transjordanien durch die Truppen Abdallahs unterdrückt worden sei.

Ein frecher Raubüberfall. Aus Barcelona wird gemeldet: Sechs maskierte Räuber plünderten eine Sparkasse in Larras aus und bemächtigten sich 3000 Pesetas. Die Räuber entflohen in einem Automobil, wurden aber von der Polizei verfolgt, welche drei derselben verhaftete. Hierbei wurde ein Polizist getötet.

Grauenhafter Selbstmord. In Magdeburg sprang der bei der Firma Wolf beschäftigte Steinbruder Paul Schlag in eine mit flüs-

Der Spiritusstandal.

Der teuerste Spiritus der Welt. — Der Staat als Wegbereiter für ein privates Spiritusmonopol. — Riesengewinne des Fiskus und der Unternehmer. — Die Bevölkerung auf fünf Jahre schwer geschädigt.

Zeit Jahren liegt die Bevölkerung der Tschechoslowakei über die ganz unbegrenzt hohen Spirituspreise. Bis zum 1. September dieses Jahres unterlag der Spiritus der staatlichen Bewirtschaftung. Der Staat übernahm zu einem gewissen Preis sämtlichen im Inlande erzeugten Spiritus. Nun wurde in den letzten Jahren in der Tschechoslowakei viel mehr Spiritus erzeugt, als die Bevölkerung verbrauchen konnte, und bei der bisherigen staatlichen Spirituszentrale sammelten sich immer größere Vorräte an, die im Zeitpunkt der Liquidation der Zentrale 300.000 Hektoliter betragen. Der Staat hatte den Unternehmern den Spiritus zu hohen Preisen abgenommen, inzwischen war der Spirituspreis auf dem Weltmarkt gesunken, der Export von Spiritus wäre nur mit enormen Verlusten des Staates möglich gewesen, und so entschloß sich die Regierung, das für den Staat Verlust bringende Geschäft zu liquidieren. Wie das geschehen ist, muß jedoch die hellste Empörung hervorgerufen, da die Konsumenten durch fünf Jahre hindurch in der Form der höchsten Spirituspreise der Welt die schlechte Geschäftsführung staatlicher Organe bezahlen mußten.

Am 1. September hat die Gesellschaft für Spiritusüberwertung die Spiritusbewirtschaftung für die Dauer von fünf Jahren übernommen. Der Bewirtschaftung durch die Gesellschaft werden nicht nur die vom Staate übernommenen Spiritusvorräte, sondern auch der in Zukunft im Inlande erzeugte Spiritus unterliegen. Die Verkaufspreise werden vom Staate festgelegt, dem auch sonst ein weitgehendes Kontrollrecht zustanden wurde. Dafür nun, daß die Gesellschaft die dem Staate gehörigen Spirituslager übernimmt, wird bei uns der Liter Spiritus nicht weniger als 35 Kronen kosten, das heißt, kein Mensch in Europa wird so teuren Spiritus kaufen müssen wie die tschechoslowakischen Konsumenten. Während in Oesterreich ein Liter Trinkspiritus — wie die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ vergleichsweise hervorhebt — 40.600 Kr oder 20 Kr kostet, ist bei uns der Spiritus um 15 Kronen pro Liter teurer als im benachbarten Oesterreich. Auf einem Liter Spiritus lasten bei uns nicht weniger als 24,26 Kr staatlicher Abgaben, 75 Prozent des Verkaufspreises des Spiritus fließt also der Staat ein! Jede Arbeiterfrau, die das Essen für ihre Familie auf der Spiritusflasche wartet, könnte den Spiritus fast um den vierten Teil des Preises haben, wenn der Staat nicht eine so exorbitante Steuer erheben würde. Allein aus der Kampagne 1923—1924 verpricht sich der Staat eine Einnahme von nicht weniger als 500 Millionen Kronen.

Es ist selbstverständlich, daß die Kapitalisten, die das Geschäft mit dem Staate abgeschlossen und von ihm die Erlaubnis erhalten haben, die Bevölkerung fünf Jahre auszubeuten, dieses Geschäft nicht gemacht haben, weil sie große Patrioten sind und nur die eine Sorge haben, wie sie der Staatkasse die Mittel für den Militarismus zuführen können. Sie machen natürlich dabei ein glänzendes Geschäft. Wohl geht aus dem Finanzplan der Verwertungsgesellschaft — wie eine volkswirtschaftliche Zeitschrift berichtet — hervor, daß sie mit einem Reingewinn von 50 Millionen Kronen rechnet, aber es ist gar keine Frage, daß diese Ziffer zu niedrig gegriffen ist. Selbst wenn es nur die Kleinigkeit von 50 Millionen jährlich wäre, so darf man nicht vergessen, daß die Verwertungsgesellschaft den Spiritus von den Fabriken zu einem Preise übernimmt, wobei dieselben schon ganz erhebliche Summen verdienen. Es sind gerade die Spirituswerke, die während der letzten Aufwertung der Kurse an der Prager Börse ganz besonders gestiegen sind. Die größte Spiritusfabrik hierzulande, die Firma Brotsch, hat für 1922 eine Dividende von 32 Pro-

zent ausbezahlt und bei einem Aktienkapital von sechs Millionen einen Reingewinn von 2,5 Millionen erzielt, der sich nach Hinzurechnung des Ertrages vom Vorjahre auf 3,2 Millionen erhöht. Die Propaganda hat die Unternehmer in der letzten Zeit die Kleinigkeit von 30 Millionen Kronen gelobt, was die Herrschaften natürlich nur deswegen spendiert haben, weil sie ja wissen, daß sie das alles in reichlichem Maße wieder ins Verdienen bringen. Sie werden in den nächsten fünf Jahren das unbeschränkte Monopol auf dem Spiritusmarkt haben und mögen sich die Dinge entwickeln wie sie wollen, möge die tschechische Krone auch um das Doppelte ihres gegenwärtigen Wertes steigen, die Spiritusindustrie hat ihren Profit in der Tasche, am Spirituspreis kann sich nichts ändern, der Staat verdient, die Unternehmer verdienen, nur die Bevölkerung muß fünf Jahre lang den Spiritus dreimal so teuer bezahlen, als er sein konnte.

Die ganze skandalöse Affäre, an der unserer Meinung nach das Parlament nicht vorübergehen kann, wird erkärlich, wenn man erwägt, wer hinter der Spiritusindustrie steht. In dieser Industrie dominiert die Zionistenbank, die Kreditanstalt und die böhmische Escomptobank, eine Reihe anderer Banken dürften in geringerem Maße gleichfalls beteiligt sein. Die deutsche wie die tschechische Bourgeoisie ist unter Führung der Zionistenbank an diesem Riesengeschäft beteiligt. In den vielen landwirtschaftlichen Brennereien ist wieder die agrarische Bourgeoisie interessiert und in der Verwertungsgesellschaft sitzen hervorragende Funktionäre der Agrarpartei. Die Hauptstützen der Gesellschaft sind die Verkaufsorganisationen der landwirtschaftlichen Brennereien, deren Vorsitzender der Präsident des Senates Prasek ist, der Verband der industriellen Brennereien, an dessen Spitze der Agrarier Dr. Koldicek steht, und der Verband der Raffinerien, in dem bis vor kurzem der bekannte Dr. Kubicek das große Wort führte. Das große Geschäft ist also deswegen so gelungen, weil die tschechischen bürgerlichen Parteien, die Nationaldemokraten und die Agrarier, dahinterstehen und weil auch für die deutsche Bourgeoisie und die sogenannten deutschen Banken etwas abfällt. Im Spiritusmonopol hat also die Bevölkerung die wirtschaftliche Annäherung der deutschen und tschechischen Bourgeoisie zu hüben, eine Annäherung, die über die großen Banken hergestellt wird.

Das Unerhörte ist, daß die Regierung dieses Geschäft auf Kosten der Bevölkerung gemacht hat, ohne sich um das Parlament auch nur das geringste zu bekümmern. Das scheint der Grundlag der Regierung gerade in den allerwichtigsten wirtschaftlichen Fragen zu sein. Sie hat sich ein Ermächtigungsgesetz geben lassen, das sie auf dem Gebiete des Außenhandels vom Parlament einfach unabhängig macht, Handelsverträge werden in Kraft gesetzt, ohne daß das Parlament auch nur ein Wort dazu sagt. Aber auch auf dem Gebiete der inneren Handelspolitik macht die Regierung, was sie will. Die Fische muß die Bevölkerung bezahlen. Fünf Jahre lang werden wir das Vergnügen haben, den teuersten Spiritus der Welt bezahlen zu müssen. Mit dem Lohnabbau für die Staatsangestellten hat die Regierung das Zeichen zum allgemeinen Lohnabbau gegeben, der die Lebenshaltung der Arbeiterschaft tief gesenkt hat. Mit der neuen Spiritusbewirtschaftung gibt die Regierung ein Beispiel, wie man durch hohe Preise für das Wohl der Bevölkerung sorgt. Wenn in den Regierungsparteien noch ein Schimmer von Anständigkeit steht, müßten sie im Parlament einen Handelsminister, der einen solchen die Bevölkerung schwer schädigenden Vertrag abschließt, um Teufel jagen.

den verschiedenen meteorologischen Zentralstellen und Observatorien durchgeführt. Damit das photographische Beobachtungsnetz möglichst dicht sei, ist es erwünscht, daß sich an der Aktion auch Amateure und Berufsphotographen beteiligen, die die Kosten und Mühen nicht scheuen, an der Naturforschung freiwillig mitzuwirken. Es genügt für jeden der erwähnten drei täglichen Termine im allgemeinen eine photographische Aufnahme jener Himmelsstelle an der sich die meisten Wolkentypen beinahe befinden und die somit ein charakteristisches Bild der Zusammenfügung des Wolkensystems bietet. Von den Aufnahmen werden nicht die Platten selbst, sondern nur gute Kopien (womöglich auf Entwicklungspapier) benötigt. Auf der Rückseite der Kopie soll vermerkt sein: 1. Ort, 2. Tag, 3. Zeit der Aufnahme, 4. Weltgegend, gegen die der Apparat gerichtet war, 5. womöglich Höhenwinkel der Blicklinie mit der Waagrechten, 6. Name des Photographen. Obwohl den freiwilligen Mitarbeiter die Regiekosten nicht vergütet werden können, so wird doch mit einer regen Beteiligung der Naturfreunde an der bevorstehenden Aktion gerechnet. Die Kopien wollen gesammelt an die Staatsanstalt für Meteorologie (Prag II, U Ražsova 3) eingeklebt werden, u. zw. portofrei in einem Kuvert mit der Aufschrift „Na úradni vyzvání — porta presto“. Von hier aus werden sie der zentralen Bearbeitung zugeführt.

Eltern und Brüder vergiftet. Der 30jährige Bauer Plendl aus Hundschweitz bei Wdich a. D. (Bayern) wurde durch die Gendarmen verhaftet, weil er im Verdacht eines abscheulichen Verbrechens steht. Plendl wollte vor länger als einem halben Jahr heiraten. Den Eltern paßte aber die Braut nicht, und sie wollten daher den Hof einem der beiden anderen Söhne übergeben. Nun saßte Plendl den Plan, seine Eltern und seine beiden Brüder aus dem Wege zu räumen. Die Eltern fielen tatsächlich vor sechs Monaten dem schrecklichen Verbrechen zum Opfer, die Brüder mußten das Arsenik erbrechen und entgingen dadurch dem sicheren Tode. Dringende Verdachtsmomente, daß die Eltern des Plendl seines natürlichen Todes gestorben seien, führten zur Ausgrabung der Leichen. Die Untersuchung am gerichtlich-medizinischen Institut Erlangen ergab Veranlassung durch Arsenik.

Ueberfahren und umverkehrt geblieben. Als dieser Tage ein Zug in die Haltestelle Oberlind in Thüringen einfuhr, sah der Lokomotivführer zwei Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren auf dem Gleise spielen. Die Kleinen hörten nicht auf das Warnungssignal. Trotz stärksten Bremsens konnte der in langsamer Fahrt befindliche Zug nicht mehr zum Halten gebracht werden, so daß dieser über die Kinder hinwegging. Zum Glück waren die beiden Kinder zwischen die beiden Gleise zu liegen gekommen und dazu an einer Stelle, wo der Erdboden tiefer liegt. Die Verletzungen der beiden Kinder waren so gering, daß ärztliche Hilfe nicht einmal in Anspruch genommen werden brauchte.

Explosion einer Benzolmaschine. Auf der Berliner Bahnhofsstraße zwischen Pichler und Raabach explodierte eine Stoppmaschine, die mit Benzol angetrieben wird. Die Flamme schlugen nach oben empor. Fünf Bahnarbeiter und der Postenführer wurden von dem Druke über das Bahngelände geschleudert und im Gesicht und an den Gliedern verbrannt.

Ueberfall auf einen Postwagen. Dieser Tage wurde auf der Raaben-Brunnendorfer Landstraße der Postwagen des Raabener Postamtes, der für die Beförderung der Postkassen zum Bahnhof in Brunnendorfer und juristisch dient, im Dunkel der Nacht von fünf Banditen überfallen. Während einer der Stroche den Pferden in die Zügel fiel, verletzten die anderen die beiden auf dem Reithochsitz sitzenden Postbediensteten zu überwältigen. Doch zog der eine seinen Revolver, der aber im kritischen Moment versagte. Die Räuber, die scheinbar einen bewußten Widerstand nicht erwartet hatten, ergriffen schon beim Anblick der auf sie gerichteten Waffe die Flucht und verschwand im Dunkeln.

Drei Personen verbrannt. Als in einer Scheune im Kreis Neustettin auf dem Gut Neubalen mehrere Hühnergeier eben mit dem Auflegen des Getreides beschäftigt waren, während unten gedroschen wurde, entstand infolge Kurzschlusses des Motors Feuer, das in kurzer Zeit die ganze untere Scheune in Flammen setzte. Einer der im Obergeschloß Abgeschickten durchstieß das Dach und rettete sich durch einen Sprung vom Scheunendach das Leben. Nur noch ein Mädchen konnte seinem Beispiel folgen, während vier Personen ein Opfer der Flammen wurden.

Absturz einer Straßenbahnwage. Die Straßenwage des Bezirksstraßenbahnausschusses Hohenstadt stürzte in Rosenthal über einen 20 Meter hohen Abhang hinunter. Der vordere Teil der Dampfwalze brach vollständig ab, der Kamin blieb in der Erde stecken. Die übrigen Teile waren alle verdrückt und verbogen. Das Unglück ereignete sich noch Freitagabend, die Dampfwalze stand noch unter Dampf, war jedoch unbeaufsichtigt. Die Erhebungen, ob die Straßenwage von böswilliger Hand in Tätigkeit gesetzt wurde, sind noch nicht abgeschlossen.

Brandlegung. Dieser Tage ist in Neupossigau bei Bitten das Anwesen des Schuhmachers Clais niedergebrannt. Der Brandlegung dringend verdächtig sind vorgestern die Eheleute Clais verhaftet worden. Nach längerem Zeugnis gestand der Schuhmacher ein, den Brand gelegt zu haben.

Ein großer Unfall. Am 17. d. M. haben zwei Jungen in der Nähe von Sedlitz bei Strakonitz bei einer Bahnüberführung die Bahnschranken durch einen Draht mit dem Semaphore verbunden, daß die Schranken nicht herabgelassen werden konnten. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß am Abend der gegen Strakonitz fahrende Schnellzug nicht ein Pauerergerät überfuhr, das, da die Bahnschranken nicht herabgelassen waren, erst im letzten Momente das Herannahen des Schnellzuges bemerkte. Nach den beiden Uebelthätern wird gefahndet.

weil er im Verdacht eines abscheulichen Verbrechens steht. Plendl wollte vor länger als einem halben Jahr heiraten. Den Eltern paßte aber die Braut nicht, und sie wollten daher den Hof einem der beiden anderen Söhne übergeben. Nun saßte Plendl den Plan, seine Eltern und seine beiden Brüder aus dem Wege zu räumen. Die Eltern fielen tatsächlich vor sechs Monaten dem schrecklichen Verbrechen zum Opfer, die Brüder mußten das Arsenik erbrechen und entgingen dadurch dem sicheren Tode. Dringende Verdachtsmomente, daß die Eltern des Plendl seines natürlichen Todes gestorben seien, führten zur Ausgrabung der Leichen. Die Untersuchung am gerichtlich-medizinischen Institut Erlangen ergab Veranlassung durch Arsenik.

Ueberfahren und umverkehrt geblieben. Als dieser Tage ein Zug in die Haltestelle Oberlind in Thüringen einfuhr, sah der Lokomotivführer zwei Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren auf dem Gleise spielen. Die Kleinen hörten nicht auf das Warnungssignal. Trotz stärksten Bremsens konnte der in langsamer Fahrt befindliche Zug nicht mehr zum Halten gebracht werden, so daß dieser über die Kinder hinwegging. Zum Glück waren die beiden Kinder zwischen die beiden Gleise zu liegen gekommen und dazu an einer Stelle, wo der Erdboden tiefer liegt. Die Verletzungen der beiden Kinder waren so gering, daß ärztliche Hilfe nicht einmal in Anspruch genommen werden brauchte.

Explosion einer Benzolmaschine. Auf der Berliner Bahnhofsstraße zwischen Pichler und Raabach explodierte eine Stoppmaschine, die mit Benzol angetrieben wird. Die Flamme schlugen nach oben empor. Fünf Bahnarbeiter und der Postenführer wurden von dem Druke über das Bahngelände geschleudert und im Gesicht und an den Gliedern verbrannt.

Ueberfall auf einen Postwagen. Dieser Tage wurde auf der Raaben-Brunnendorfer Landstraße der Postwagen des Raabener Postamtes, der für die Beförderung der Postkassen zum Bahnhof in Brunnendorfer und juristisch dient, im Dunkel der Nacht von fünf Banditen überfallen. Während einer der Stroche den Pferden in die Zügel fiel, verletzten die anderen die beiden auf dem Reithochsitz sitzenden Postbediensteten zu überwältigen. Doch zog der eine seinen Revolver, der aber im kritischen Moment versagte. Die Räuber, die scheinbar einen bewußten Widerstand nicht erwartet hatten, ergriffen schon beim Anblick der auf sie gerichteten Waffe die Flucht und verschwand im Dunkeln.

Drei Personen verbrannt. Als in einer Scheune im Kreis Neustettin auf dem Gut Neubalen mehrere Hühnergeier eben mit dem Auflegen des Getreides beschäftigt waren, während unten gedroschen wurde, entstand infolge Kurzschlusses des Motors Feuer, das in kurzer Zeit die ganze untere Scheune in Flammen setzte. Einer der im Obergeschloß Abgeschickten durchstieß das Dach und rettete sich durch einen Sprung vom Scheunendach das Leben. Nur noch ein Mädchen konnte seinem Beispiel folgen, während vier Personen ein Opfer der Flammen wurden.

Absturz einer Straßenbahnwage. Die Straßenwage des Bezirksstraßenbahnausschusses Hohenstadt stürzte in Rosenthal über einen 20 Meter hohen Abhang hinunter. Der vordere Teil der Dampfwalze brach vollständig ab, der Kamin blieb in der Erde stecken. Die übrigen Teile waren alle verdrückt und verbogen. Das Unglück ereignete sich noch Freitagabend, die Dampfwalze stand noch unter Dampf, war jedoch unbeaufsichtigt. Die Erhebungen, ob die Straßenwage von böswilliger Hand in Tätigkeit gesetzt wurde, sind noch nicht abgeschlossen.

Brandlegung. Dieser Tage ist in Neupossigau bei Bitten das Anwesen des Schuhmachers Clais niedergebrannt. Der Brandlegung dringend verdächtig sind vorgestern die Eheleute Clais verhaftet worden. Nach längerem Zeugnis gestand der Schuhmacher ein, den Brand gelegt zu haben.

Ein großer Unfall. Am 17. d. M. haben zwei Jungen in der Nähe von Sedlitz bei Strakonitz bei einer Bahnüberführung die Bahnschranken durch einen Draht mit dem Semaphore verbunden, daß die Schranken nicht herabgelassen werden konnten. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß am Abend der gegen Strakonitz fahrende Schnellzug nicht ein Pauerergerät überfuhr, das, da die Bahnschranken nicht herabgelassen waren, erst im letzten Momente das Herannahen des Schnellzuges bemerkte. Nach den beiden Uebelthätern wird gefahndet.

Wetterüberblick vom 21. September. Seit zwei Tagen entfaltete die nordatlantische Depression wieder eine regere Tätigkeit, indem sie in kurzer Aufeinanderfolge tiefe Ausläufer gegen das Binnenland vorstieß. Das Wetter hat daher sehr veränderlichen Charakter angenommen, westliche Winde haben den größten Teil des Kontinents mit herblich kühler Luft überschwemmt und in seinem Süden und Südosten werden noch Temperaturen von 20 Grad C. und mehr beobachtet. Auch Donnerstag blieben nur wenige Stellen der Republik von Regenschauern verfehmt, die größten Mengen messen Ungvar mit fünf, Eger mit sechs, St. Smoldec bei Wetter mit neun Millimeter. Heute Freitag rückt ein neuer, gut entwickelter Ausläufer mit einer Regensfront von Westeuropa heran. An seiner Rückseite ist stark veränderliches Wetter, Wind und weitere Abkühlung zu erwarten. — Wahrscheinliches Wetter am 22. September: Anhaltend veränderlich, stark windig, sehr kühl.

Prager Chronik. Aus dem Polizeibericht. Gestern nachmittags stürzte beim Neubau einer Mühle in der Gharla der 73jährige Zimmermann Anton Regel von einer Leiter herab, und erlitt dabei einen Schädelbruch. Er war auf der Stelle tot. — Gestern verließen 75 Auswanderer Prag auf dem Wege nach Amerika.

Aus Natur und Technik.

Entwicklung der Ganzmetallflugzeuge. Komende Geschlechter werden sich darüber wundern, wie man es wagen konnte, mehr hundertpferdige Motoren in ein schwandloses Gefährt von Holz oder Leinwand zu setzen. Es bedurfte eben erst der bahnbrechenden Versuche von Prof. Junkers in Dessau hinsichtlich des Vorhaltens verschieden geformter Körper im Luftstrom. Die Versuche ergaben nämlich, daß die zahlreichen Spanndrähte der bis dahin üblichen Flugzeuge einen großen Betrag an Widerständen in Form unnützen Luftwiderstandes verzeihen, und so suchte man dem Flugzeug freitragende Schwingen zu geben, die ohne Spanndrähte genügende Starrheit gewähren. Man versuchte es mit dickeren Schwingen und fand, daß eine dickere und beiderseitig nach außen gewölbte Drahtfläche geringeren Widerstand und größere Tragfähigkeit besitzt, als die bis dahin übliche gewölbte Schwinge. So weist die Junkers-Schwinge nur etwa den fünften Teil einer Äugel auf von gleicher Dicke, wenn die Schwinge ohne Auftrieb genau parallel der Luftstromrichtung geht. Immer erwies sich die starke Schwingen rein energetisch und flugtechnisch doppelt so vorteilhaft wie die dünne gewölbte. Bei der Konstruktion der Metallflugzeuge wählte man nur zur Fertigung des Rumpfes und Fahrgestelles gewelltes Duraluminiumblech, so daß ein Fachwerk aus leichtem Duraluminiumrohr die Haut aus feinem gewelltem Duraluminiumblech trägt. Die Schwingen ist nach H. Dominik (Im Wunderland der Technik, Richard Bong, Berlin) leicht, vermag ohne Formänderung eine ziemliche Last zu tragen und kann von zwei Personen bequem fortgetragen werden. Man baut ganze Metallverkehrflugzeuge mit Schwimmkufen für die Landung bezw. Wasserung auf Seeplätze und wählt einen vollkommenen Rumpf, der eine bequeme Kabine für die Reisenden hat. In Zukunft wird man wohl statt hölzernen Flugzeugen nur noch Metallflugzeuge bauen, wie statt des Holzschiffes eiserne Schiffe in der Schifffahrt.

Der Elefant vor dem Grammophon. Im Berliner Zoologischen Garten ist unlängst ein interessantes Experiment vorgenommen worden, um die Frage zu klären, ob ein so hochentwickeltes Tier wie der Elefant, wenn er den Befehlen seines Wärters gehorcht, nur durch den Klang der Worte und der Anblick des Wärters nötig ist, um den Befehlen Wirkung zu verschaffen. Es wurde in den Käfig des Elefanten, am Gitter des Gartens, ein drahtloser Marconi-Empfangsapparat aufgestellt, der mit einem Marconi-Grammophon verbunden wurde. In einer Entfernung von mehreren Meilen war der Wärters des Tieres zu einer Sendestation geleitet worden, um von dort seine gewohnten Anweisungen drahtlos nach dem Käfig zu geben. Der Elefant nahm von dem in seinem Käfig aufgestellten Apparat zunächst keine Notiz. Dann wurde die Verbindung mit der Sendestation hergestellt, und man hörte aus dem Grammophon deutlich und mit dem bekannten Einfall des Wärters die Anweisung an den Elefanten, sich niederzuliegen. Aber zum Erstaunen der Zuschauer nahm der Elefant auf diesem Befehl nicht die mindeste Notiz. Es folgte ein zweiter Versuch; aus dem Apparat kam laut und in der gewohnten Weise der Befehl an das Tier, zu greifen ein Bäschel, auf den das Tier stets dadurch reagiert, daß es den Rüssel erhebt und laut trompetet. Als dieser Befehl aus dem Grammophon kam, stand der Elefant zufällig unmittelbar vor dem Apparat, und einen Augenblick schien es, als ob er auf den Klang der Stimme reagierte. Aber sofort wieder hatte man den Eindruck, daß er dieser Stimme ohne die persönliche Gegenwart des gewohnten Wärters nicht recht traue; er verzweigte auch diesmal den Gehorsam. Unmittelbar nach dem Fehlschlagen der Experimente wurden dem Tier dieselben Befehle durch einen zweiten, ihm bekannten Wärters persönlich gegeben, und nun gehorchte der Elefant aufs Wort, ohne irgend ein Anzeichen der Irritierung über den Wechsel der Stimme.

Kleine Chronik.

Baukunst in Erdbebenländern.

Die tragische Größe der Katastrophe, von der Japan heimgegriffen worden ist, läßt es zwar wenig tröstlich erscheinen, darauf hinzuweisen, daß die ungeheuren Zerstörungen in Tokio und Yokohama zum großen Teil eine Folge der architektonischen Modernisierung sind; immerhin scheint die Abkehr von den alten Geplagenheiten des Bauens in Japan den Anfang des Unglücks stark gesteigert zu haben. In diesem Zusammenhang sind Neuherungen bewertenswert, die bei einer früheren Gelegenheit der größte japanische Kenner auf dem Gebiete der Erdbebenforschung, Professor Omori vom seismologischen Institut an der Universität Tokio, über den Unverstand der Abendländer beim Häuserbau in Erdbebengebieten getan hat. Die scharfe Beurteilung des Gelehrten betraf damals die falsche Bauweise der Engländer in den indischen Schüttelgebieten. „Es ist geradezu verbrecherisch von der Regierung“, sagte er, „schlechte Bauwerke zu öffentlichen Zwecken auszuführen, wie Schulen, Gefängnisse und andere Staatsgebäude, und mein Rat würde sein, solcher zu bauen, besonders auf sicherem Grund und unter Verwendung guten, standhaften Materials“. Professor Omori hatte bei einem Besuch Indiens beobachtet, daß die englischen Ingenieure falsche Vorstellungen von der Wirkung der Erdbeben haben. Omori weist darauf hin, daß die Wirkung eines Erdstoßes je nach der Bodenart verschieden sei. Weicher Boden fange keineswegs die Stöße auf und bilde für die Gebäude keinen Schutz. Im Gegenteil würden Erdbeben auf weichem Boden viel stärker als auf hartem verspürt. In Tokio, wo man jährlich mit etwa 50 größeren Beben rechnet, wo also durchschnittlich jede Woche ein Erdbeben stattfindet und somit eine alltägliche Sache ist, über die sich im allgemeinen niemand mehr aufregt, sind nach Professor Omoris Erklärungen sogar innerhalb der einzelnen Stadtviertel die Wirkungen eines Erdstoßes sehr verschieden; im oberen Teil der Stadt traten sie kaum so stark auf wie im unteren, wo der Boden weicher ist. Dieselbe Beobachtung wurde 1906 bei dem großen Erdbeben in San Francisco gemacht. Omori erklärt es beim Bauen von Häusern in Erdbebengebieten für das wichtigste Prinzip, das Gebäude in einem einzigen einfachen und kompakten Körper aufzuführen und zu vermeiden, daß die verschiedenen Teile verschiedene Bewegungen und Schwingungen hervorrufen. So seien beispielsweise Schornsteine immer gefährlich, weil ein Schornstein Schwingungen hervorbringt, die von denen des Gebäudes abweichen. Man werde deshalb bei Erdbeben immer finden, daß ein Schornstein da abbricht, wo er mit dem Dach in Verbindung steht. Die alten japanischen Baumeister haben, sagt Professor Omori, diese Fehler vermieden und damit die ausgezeichneten Erfolge erzielt. Während bei dem großen Erdbeben von Kagoja im Jahre 1892 tausende neuer Häuser zusammenstürzten, blieben die alten Mauern sämtlich stehen. Ebenso blieben die japanischen Bauten, soweit sie nicht schon alt und baufällig waren, unberührt, während die neuen, aus Ziegeln erbauten Postämter und andere Gebäude europäischer Bauart wie Rathenhausier zusammenstürzten.

Sehr merkwürdig ist es, daß schon die vor Jahrhunderten erbauten Pagoden das Prinzip des modernen Seismographen besitzen, das in einer Vereinerung von stabiler und nicht stabiler Konstruktion besteht, um dadurch eine neutrale Stabilität hervorzubringen, die das ganze Gebäude gegen Erdbeben weniger empfindlich macht. In dem hohlen Treppenturm jeder fünfstöckigen Pagode ist, gleich einer hin- und herschwebenden Junge, eine schwere Holzmasse frei aufgehängt, die von der Spitze herunter bis zum Boden reicht, doch ohne ihn zu berühren. Bei der Erschütterung durch ein Erdbeben gerät dieses riesige Pendel in langsame Schwingungen; das Gebäude schaukelt und steht dann wieder sicher auf seinem Fundament. Das gleiche Prinzip wird in ganz Japan beim Bau von Glockentürmen verwendet, bei denen die Glocke als Pendel dient. Das von Posten getragene Dach stellt ein ungefedertes Pendel dar wie beim Seismographen. So kommt es, wie Professor Omori sagt, daß bei Erdbeben Pagoden

und Glockentürme gelegentlich umgedreht und von ihrem Standort entfernt werden. Als Ganzes stürzen sie jedoch nie um.

Die Universität Tokio hat auf Grund der gesammelten Erfahrungen schon vor Jahren einen Erdbebenversuchsbau aufgeführt, der nach genauen Berechnungen die größtmögliche Sicherheit bei Erdbeben gewährt und als eine seismologische Beobachtungsstation eingerichtet ist. Wenn jetzt trotzdem gerade Tokio und Yokohama völlig zerstört worden sind, so dürfte das vermutlich seinen Grund in der großen Zahl kleinerer Gebäude von europäischer Bauart haben, die während des letzten Menschenalters in diesen beiden Großstädten entstanden sind. Man weiß natürlich nicht, inwieweit dabei die wissenschaftlichen Erfahrungen berücksichtigt worden sind; vielleicht ist der Erdstoß diesmal auch von so ungeheurer Wucht gewesen, daß alle Vorsichtsmaßregeln beim Bau nichts genützt haben. Jedenfalls zeigt das jüngste Erdbeben, daß in so gefährdeten Gebieten der Erde die Menschheit auch bei größter Vorsicht ihres Lebens nie sicher ist.

Ein neuer Schwimmwettkampf. Der englische Schwimmmeister Annal bereitet sich gegenwärtig vor, den schottischen Forthfluß in seiner größten Breite vor der Mündung in den Firth of Forth zu durchschwimmen. Die zahlreichen Versuche, die nach dieser Richtung bisher gemacht wurden, sind ausnahmslos gescheitert. Selbst der berühmte Kapitän Webb, der im Jahre 1875 als Erster den Kanal durchschwamm, mußte bei dem Versuch, den Forth zu durchschwimmen, mitten zwischen beiden Ufern wegen vollständiger Erschöpfung den Kampf aufgeben. Das größte Hindernis für den Schwimmer bietet hier, abgesehen von der starken Strömung, die unverändert niedrige Temperatur des Wassers.

Eine Tragödie in der Arktis. Die Rettungs-expedition, die hinausgegangen war, um die vier auf der Wrangel-Insel im arktischen Eismeer verbliebenen Engländer zu retten, meldet aus Nome in Alaska, daß alle angekommen sind. Die einzige Überlebende der Gesellschaft ist eine Eskimofrau. Damit findet ein interessantes Abenteuer seinen traurigen Abschluß. Die Wrangel-Insel, die 1849 von einem Engländer entdeckt wurde, ist etwa 120 Kilometer lang und 50 Kilometer breit. Sie besteht aus Prärie- und wenigen Büschen, ohne Bäume. Die Engländer hielten ihren Anspruch auf den Besitz der Insel nicht aufrecht, und so erklärten die Amerikaner in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sie für ihr Eigentum. 1914 wurde die Insel von dem Polarreisenden Stefansson neuerdings für England erklärt. 1921 organisierte Stefansson dann eine zweite Expedition, die Allan Crawford führte, während Stefansson zurückblieb, um die Dessenheit für die Angelegenheit weiter zu interessieren. Die Reisenden legten die Fahrt mit einer kleinen Schar von Eskimos zurück und kamen im September 1921 nach der Insel. Die Hülfs-Expedition, die Stefansson im Jahre 1921 ausrüstete, war durch eine Verkettung unglücklicher Umstände zu spät ab und konnte die Insel durch das Eismeer nicht mehr erreichen. Die in diesem Jahre abgegangene Expedition konnte nur noch den Tod der Engländer feststellen. Der erste Beweis für die Anwesenheit der Reisenden war eine Flasche, die man auf der Südseite der Wrangel-Insel entdeckte; sie enthielt die Namen der vier Männer und die Erklärung, daß sie die Insel im Namen König Georgs von England in Besitz genommen hätten. Ueber das weitere Schicksal erhielt man dann Kunde, als man die Eskimofrau entdeckte, die noch auf der Insel befindliche Wesen; sie hatte in ihren letzten Bissen Brot gegessen und fiel in eine schwere Ohnmacht. Als sie erwachte, erzählte sie die tragische Geschichte der Expedition. Der Leiter des Unternehmens, Crawford, und zwei seiner Gefährten, waren bereits im vergangenen Winter gestorben. Sie waren auf das Eis gegangen, um eine Verbindung mit dem Festland zu suchen und niemals zurückgekehrt. Der übrigbleibende Engländer starb an Starbun am 20. Juni 1923.

Deutschlands geistiger Notstand.

Abschied vom deutschen Buch.

Es war bisher dem Arbeiter noch immerhin ab und zu möglich gewesen, sich zu seiner Weiterbildung oder seiner geistigen Erholung ein Buch zu leisten. Das hat nun aufgehört. Die neuen Bücherpreise haben einen Stand erklommen, der mit dem Ausgabebetrag eines Proletariers sich nicht vereinen läßt. Bedenkt man, daß bei dem auf dem deutschen Büchermarkt angewandten Indexverfahren eine Broschüre billiger eine Grundzahl von 2, ein politisches Durchschnittswerk eine Grundzahl von mindestens 5 bis 10, ja 15, ein populärwissenschaftliches Werk eine solche von immerhin 6 und mehr, ein Durchschnittsroman eine Grundzahl von 5, ein besserer, literarisch wertvoller Roman eine von immerhin fast 10 haben und multipliziert man diese Grundzahl mit der augenblicklichen Schlüsselzahl von 1.000.000, so ergibt das Preise, die zu bezahlen der Proletarier, der den Kampf um seine primitivste Lebensnotdurft nur so eben aushält, sich nicht mehr leisten kann. Er muß Verzicht leisten. Er genau so wie seine Kinder, die sich in der Schule entweder mit veraltetem, zerfetztem Buchmaterial oder dem als Erbschaft vom Lehrer gesprochenen Wort begnügen müssen, oder die Studenten, die, wenn sie arm sind, nicht mehr die Möglichkeit erleben können, sich ihr notwendiges Arbeits- und Handwerkszeug zu beschaffen. Die Lage auf dem deutschen Büchermarkt ist trostlos, so trostlos, daß viele Verlage sich entschlossen haben, die weitere Bücherproduktion einzustellen. Vor einigen Tagen ging durch die Presse, daß die wissenschaftlichen Verleger beschlossen haben, ihre gesamte weitere Verlegerstätigkeit angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage einzustellen, ebenso ein Teil der schöngeliebten Verleger. Auch die Volksbibliotheken sind auf Grund der hohen Bücherpreise zu einer fast unerschwinglichen Leihgebühr gekommen. Da die Volkshochschulbibliotheken aus Geldmangel keine neuen Bücher mehr anschaffen und die zerlesenen nicht mehr ersetzen können, herrscht dort ein Mangel an gelesenen und vielgelesenen Büchern, dem abzuhelfen diese Anstalten leider keinen Ausweg sehen; die staatlichen Unterhaltungen und privaten Anwendungen sind zu minimal, um helfen zu können. Wie beim Buch, so bei den Zeitschriften! Die Arbeiterbildungsstätten kämpfen einen bitteren Kampf um ihre Erhaltung; die populärwissenschaftlichen Hochschulen desgleichen. So wird auch der Besuch der Sternwarten, der Experimentierkabinen, der Museen, des Botanischen Gartens, vom Zoologischen Garten ganz zu schweigen, diesen unendlich gemacht, weil der Hunger des Maecus den Hunger des Geistes abwürgt und nichts mehr übrig bleibt, ihn zu stillen. Die Deutschen sind der geistigen Verarmung ausgeliefert.

Abschied vom Theater.

Wie die rein geistige Fortbildung nur mehr das Privileg der Reichen ist, namentlich der Neureichen, die „Bildung“ mehr schänden als werten und in ihr nur den Begriff „Bildung“ verstehen, so ist es auch mit der geistigen Erholung. Wer kann noch ins Theater gehen? Wer kann noch die Preise zahlen, die teilweise in die Millionen hineingehen? Das Proletariat und der gebildete Mittelstand ist des Rechtes zum Theaterbesuch verlustig gegangen; sie sind zu arm dazu. Und der Erfolg? Die Reichen, die Ausländer bedürftig nun die Partetten und distieren den neuen Geschmack. Das Gute ist ihnen nichts, der Rißch, der holde, süße Rißch. So verschwindet, so verschwindet die gute Literatur von der Bühne, und an ihrer Stelle triumphiert nun die Operette. Denn die Bühnen müssen sich halten. Da aber diese Herrschaften für Literatur nichts übrig haben und der Proletarier und der Mittelständler, die Kunst schätzen, zu arm zum Theaterbesuch sind, gibt es für die Bühne nur einen Ausweg. Und siehe da: dreißig Bühnen in Berlin spielen Abend für Abend Operette. Und vegetieren doch nur

Bater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Das Parterre, dessen Räume von der Pension soviel wie möglich ausgenutzt werden, besteht aus einem zweifelhafte Vorraum, der auf die Straße geht. In diesen Salon führt das Speisezimmer, zwischen Küche und Speisezimmer liegt das Treppenhaus mit farbigen geböhrten Fliesen. Es gibt nichts Trostloseres als diesen Salon mit seinen Stühlen aus Hochhaarfloss mit watten und glänzenden Streifen. Auf dem Tisch in der Mitte des Zimmers stehen auf einem Teetisch Tassen aus weichem Porzellan mit halberlöschten Goldstreifen. Der Fußboden ist in schlechtem Zustand, der Raum bis zur halben Höhe gestrichelt. Auf der blauen Papiertapete sind die Hauptepisoden aus Telemachs Leben dargestellt, die Selben prangen in buntem Farbenschmuck. Zwischen den vergitterten Fenstern können die Pensionäre das Gastmahl bewundern, das Calypso Odysseus' Sohn vorsetzt. Seit vierzig Jahren erweist diese Darstellung den Spott der jungen Pensionäre, sie fühlen sich ihrer Lage überlegen, wenn sie über die elenden Maßzeiten, zu denen die Not sie verurteilt, Wige machen. Auf dem Kaminn, dessen stets laurer Feuerherd bekundet, daß man ihn nur bei besonders feierlichen Anlässen ansteckt, steht zwischen zwei Vasen mit verblühten künstlichen Blumen eine Wanduhr aus bläulichem Marmor von erschütternder Häufigkeit. In diesem ersten Zimmer herrscht ein fader Geruch, für den es keine Bezeichnung gibt, man mißte ihn „Pensionsgeruch“ nennen, Es

riecht nach Ungelüftetem, Kanzigem und Schimmel; der Geruch ertönt ein feuchtes Kältegefühl, das alle Kleider durchdringt; man spürt den stechengebliebenen Essensgeruch; der Raum stinkt nach Speisekammer und Restaurant. Vielleicht könnte man diesen Geruch definieren, wenn man ein Verfahren erfände, um die widerwärtigen Ausdünstungen jedes einzelnen jungen oder alten Pensionärs festzustellen. Nun, trotz dieser Widerwärtigkeiten wirkt der Salon elegant und parfümiert wie ein Boudoir, wenn man ihn mit dem anstehenden Speisezimmer vergleicht. Dieses ganz gefälschte Raum war einst mit einer heute nicht näher zu bestimmenden Farbe angestrichelt, darauf hat sich soviel Schmutz abgelagert, daß man die selbstsanften Figuren darauf zeichnen könnte. Nebenbei Anrichtische stehen nebeneinander an den Wänden, bedeckt mit triiben bausigen Flaschen und Stößen von Tellern aus groben Porzellan mit blauem Rand, die aus Tonnai stammen. Ueberall steht ein Kasten mit nummerierten Rächern, hier werden die gebrauchten fleckigen Servietten der Pensionäre aufgehoben. Hier stehen auch Möbel, die allen im Wege, aber dennoch unzerstörbar sind, es sind die Ueberreste einer Zivilisation, die nicht austoben kann. Hier sieht man ein Barometer mit ekelhaften, appetitverderbenden Bildern in schwarzen goldgerandeten Rahmen; ein mit Kupfer infrarotiertes Schildplattgehäuse; einen grünen Ofen, Zustanden mit einer Kruste von Staub und Del bedeckt; einen langen Tisch mit Wachstuch, das fettig genug ist, um einen übermütigen Externen zu locken, seinen Namen mit dem Finger drauf zu schreiben, wackelige Stühle, armfelige geflochtene Strohmatten, die sich stets ver-

krümmen, ohne je zu verschwinden, elende Kohlenpfannen mit zerbrochenen Löchern und gelösten Schmier. Um eine Vorstellung zu geben, wie alt, brüchig, vermodert, zerfressen, wackelig, einarmig, einäugig, invalide und verfallen diese Einrichtung ist, bedürfte es einer eingehenden Beschreibung, aber sie würde diese Geschichte gar zu sehr belasten und eilige Menschen würden sie nie verzeihen. Der Fußboden strotzt von Beulen und Löchern. Hier herrscht Not ohne jegliche Verwitterung, eine sparsame, verdichtete, schäbige Not. Wenn sie sich noch nicht in Schmutz auflöst, so hat sie doch Flecken, wenn sie weder Löcher noch Flecken hat, so zerfällt sie doch in Fäulnis. Dieses Zimmer ist in seinem vollsten Glanz, wenn Frau Vaquers Kaye um sieben Uhr morgens ihrer Herrin voranschreitend auf die Anrichtische springt, die Milch wittert, die die mit Tellern zugebedeten Nöpfe enthalten, und ihr morgendliches Schnurren hören läßt. Bald darauf erscheint die Witwe in ihrer Tüllhaube, unter der ein schlecht aufgesteckter falscher Zopf kaum, in schlurrenden Pantoffeln, die ausdrucksvoll wie Gesichter sind. Ihr verblühtes fettes Gesicht, das von einer Papageienmaske beherrscht wird, ihre kleinen fleischigen Hände, ihre feiste Figur, die einer vollgefressenen Kackenvatte gleicht, ihre offene Jade, all das entspricht diesem Speisezimmer, das von Unglück durchflutet ist, in dem der Spekulationsgeist sein Heim hat und dessen stinkend warme Luft sie ohne Beschwerden einatmet. Ihr Gesicht, das dem ersten Frosttag im Herbst gleicht, ihre runzeligen Augen, deren Ausdruck vom konventionellen Lächeln — von Tänzerrinnen bis zur sauertröpflichen Biene eines Wunders wechelt, mit einem Wort ihre ganze

Person erklärt ihre Pension, wie ihre Pension sie umschreibt. Ohne Gaseerenprosof gäbe es keine Gaseere, der eine gehört zum andern. Die aufgeschwemmte Wohlbesittheit dieser kleinen Frau ist das Ergebnis ihres Lebens, wie der Typus die Konsequenz der Ausbünstungen eines Krankenhauses ist. Ihr wollener gestrickter Unterrock, länger als ihr Anstandsunterrock, der aus einem alten Kleid gemacht ist und dessen Watte aus dem brüchigen Stoff herausschlägt, faßt Salon, Speisezimmer und Vorgarten zusammen, läßt Küche und Pensionäre ahnen. Erst wenn sie da ist, ist das Schauspiel vollendet. Frau Vaquers, die etwa fünfzig Jahre alt ist, gleicht all den Frauen, die Unglück im Leben hatten. Sie hat das gläserne Auge und den Unschuldsblick einer Stupplerin, die sich ereifert, um einen höheren Preis herauszuschinden, und zu allen Schandthaten bereit ist, um ihr Los zu erleichtern. Trotzdem ist sie nach Ansicht der Pensionäre im Grunde genommen gutmütig; da Frau Vaquers beständig klagt und stöhnt, halten sie sie für ebenso arm, wie sie selber sind. Wer war Herr Vaquers? Ueber den Toten verrät sie kein Sterbenswörtchen. Wie hat er sein Vermögen verloren? Durch Unglück, gibt sie zur Antwort. Er hatte ihr übel mitgespielt, hat ihr nichts als ihre Tränen gelassen, das Haus, in dem sie lebt, und das Recht, sich gegen jedes Unglück zu verhalten, denn sie bekauptet, alle Bitternis im Leben erlitten zu haben. Wenn die Köchin, die diese Sylvia, ihre Herrin im Haus herumfächeln hört, so beugt sie sich, den Hausgenossen ihr Frühstück zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

dabei. Alles das aber bedeutet das Lobesurteil für die gute Bühnenliteratur, für die Dichter und schließlich für die Bühnen selbst. Die Deutschen gingen den Weg nach Ritznach, von Goethe über Strindberg-Bodekind zum „Blonden Gift“ der „Erzlebte“, fabriziert von einigen geistesleeren Librettisten und musikalischen Akleptomanen! Wie das Theaterstück, ist dem Profetariat das Konzert verhasst. (Eine Ausnahme machen die Volkskonzerte der Philharmoniker und die großen Konzerte des Groß-Berliner Bildungsausschusses.) Und selbst das Kino verlangt zu hohe Preise, um sich seiner zu freuen. Für den süßen Risch photographierter Porniertheiten rund um die Erotik herum einige Hunderttausend Eintritt und einige Hunderttausend Fahrgehalt auszugeben, geht nicht mehr auf. So wird der Film gezwungen, zu werden was er ist: getreutes Spiegelbild des schwabbeligen, überparfümierten Parvenüchens, made in Germany für Diebster, Klototen und Lebentümlinge! Ein Glück, daß an denen nichts mehr zu verderben ist!

So marschieren die deutschen Profetariat der geistigen Verarmung entgegen: vom simplen Buch bis zur billigen Diskuffion am Teetisch, vom Theater bis zum Konzert, vom Vortrag bis zur Bildungsanstalt, von der Experimentiermaschine bis zum astronomischen Rohr — alles liegt für sie hinter verschlossenen Türen! Das schöne Buch wie die fünf Monde des Jupiters, der faust wie die Reunte Sinfonie, der Weg zur Erkenntnis wie Rubens und Rembrandt — alles nur mehr für die Reichen! Und für den Arbeiter — die geistige Verarmung, die Vereinsamung, die Oede, die Leere, das Nichts! Nicht nur die Wagen hungern, auch die Hirne! Und Hunger tut weh, in diesem wie in jenem Falle...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Was die Gegner der Bergarbeiter verdienen.

Das Organ des Ministerpräsidenten, der „Volkswirtschaft“, speit Gift und Galle gegen die streikenden Bergarbeiter. Neulich verzapfte das erwähnte Blatt in einer langatmigen Abhandlung den Stumpfsinn, indem es sagt, daß es ganz selbstverständlich ist, daß die hohen Löhne der Bergarbeiter abgebaut werden müssen. Und aus dieser Stimmung heraus kann es der „Volkswirtschaft“ nicht begreifen, daß die Bergarbeiter, ungeachtet der republikanischen Einrichtungen hierzulande, durch Anwendung des Streikes die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung abwehren wollen. Die Agrarier legen die sogenannte Demokratie in diesem Staate so aus, daß sich die Arbeiter den Diktator der Unternehmer bedingungslos zu fügen haben. Das ist jedenfalls, gelinde gesagt, eine sonderbare Begriffsverwirrung.

Während der „Volkswirtschaft“ als Hauptorgan der Agrarier bei den Arbeitern den Lohnabbau fordert, tritt er zugleich dafür ein, daß das Brot und Mehl verteuert werde. Tatsächlich ist es auch den Agrariern gelungen, die heurige Weizen- und Roggenenernte um einige Millionen teurer verkaufen zu können. An der Prager Börse notierte am 7. August d. J. der Weizen K 145 und der Roggen K 97,50 pro 100 Kilogramm. Am 18. September wurde schon der Weizen um K 167 (+ 22) und der Roggen um K 116 (+ 18,50) gehandelt. In der Bergleitzzeit ist daher der Weizenpreis um 15,17 Prozent und jener des Roggens um 19 Prozent gestiegen. Diese Preissteigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Ackerbauminister auf „echt“ demokratische Art die Getreide- und Mehlsteuer zum Zwecke der Bereicherung der Agrarier droffelt. Nun wird der Weizen- und Roggenpreis weiterhin eher noch steigen als fallen. Nimmt man nun an, daß die Agrarier acht Millionen Meterzentner Weizen und zehn Millionen Meterzentner Roggen auf den Markt bringen werden, so beträgt der durch die bereits eingetretene Preissteigerung erzielte Mehrbetrag beim Weizen 176 Millionen K und beim Roggen 185 Millionen K. Die Agrarier machen demnach einen Schatz von mindestens 351 Millionen Kronen. Das sind um ziemlich viel Millionen mehr als noch der beim Versorgungsamt für Prager Arbeiter in Prag einbekommenen Lohnsummen 63.000 Bergarbeiter in Böhmen im ersten Halbjahr 1923 an Lohn erhielten.

Die Agrarier haben also die ihrerseits eingeleitete Bereicherungsfaktion großzügig durchgeführt, und daher schreien sie, um die Spuren hinter sich zu verwischen, nach alter Spitzbubenart: Sallet den Dieb!

Kongress der Internationalen Vereinigung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Zum ersten Mal seit Beendigung des Krieges organisierte die vor 13 Jahren gegründete Vereinigung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Luguburg vom 9. bis 11. September einen ordentlichen Internationalen Kongress. Außer den internationalen Institutionen, so u. a. dem N. O. B., waren ungefähr 20 Staaten Europas und Amerikas offiziell vertreten. Die zur Behandlung gelangten Punkte, sowie die im Zusammenhang damit gefassten Beschlüsse lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Die Einwanderungsfrage: Da die gegenseitigen Beziehungen der einzelnen Sektionen während des Krieges vollständig unterbrochen worden waren und sich die Verhältnisse auf diesem Gebiet wesentlich geändert haben, konnte der Kongress keine sofortigen konkreten Beschlüsse fassen. Die diesbezügliche Resolution faßt sich demnach auch kurz. Das Bureau und die Sektionen werden eingeladen, national und international zunächst die nötigen Informationen zu sammeln, um ein gemeinsames Programm ausarbeiten zu können. 2. Arbeitslosigkeit der Intellektuellen: Auch in der Resolution zu diesem Punkt wird vor allem die Beschaffung des nötigen Dokumentenmaterials verlangt. Die Frage soll auf der Konferenz des Jahres 1924 wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes der Intellektuellen, des nationalen und internationalen Arbeitsnachweises, der Berufsberatung und der Auswanderungsfrage. 3. Berufsberatung: Das Fehlen einer allgemeinen systematischen Berufsberatung ist ebenfalls eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die Schaffung von Instituten, die die nötigen objektiven Auskünfte über den Arbeitsmarkt, die Berufsmöglichkeiten und Erfordernisse geben, soll möglichst gefördert werden. Auf dem Gebiet des Lehrlingswesens tritt der Kongress für eine Dauer der Lehrzeit ein, die mit den Ansprüchen des Berufes im richtigen Verhältnis steht, ferner für eine angemessene Entlohnung. Endlich weist er auf die Gefahren einer zu weit gehenden Berufsspezialisierung hin. 4. Die Arbeitslosenunterstützung: Der Kongress bestätigt die im Zusammenhang mit der Behandlung der Frage der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1913 gefassten Beschlüsse, in denen hauptsächlich verlangt wird, daß das Hauptziel bei der Arbeitslosenfrage die Beschaffung von Arbeit sein müsse. Eine Resolution über die allgemeine wirtschaftliche Desorganisation tritt für eine nach internationalen Gesichtspunkten orientierte Politik der freien Zirkulation der Güter ein. Durch Anknüpfung internationaler, finanzieller Beziehungen soll neuen Währungsatastrophen entgegengearbeitet werden. In allen Ländern sollen nach einheitlicher Methode Produktionsstatistiken angelegt werden. Weitere Forderungen sind: Erleichterung der zweckmäßigen Einwanderungen; Förderung eines permanenten, systematischen Arbeitsnachweises in allen Ländern, Verallgemeinerung der Arbeitslosenversicherung.

Der Kongress stimmte dem zu, worauf Roux die Tagung mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung schloß. Die Preise im August und September. Nach den Preisberichten des statistischen Staatsamtes sind die Indizes der Kleinhandelspreise gefallen. Für Gruppe 1 hat der Index im Juli 1921 betragen und ist im August auf 892 gefallen. Ebenso ist in der Gruppe 2 ein Rückgang von 1007 auf 982 eingetreten. (Die Gruppe 1 umfaßt die täglichen Bedarfsartikel, besonders Nahrungsmittel, Gruppe 2 die Bekleidungsartikel). — Gleichzeitig meldet jedoch das statistische Staatsamt, daß der Großhandelsindex zum 1. September im Vergleich zum August 1923 um 0,3 Prozent gestiegen ist. Bedürfen wir besonderer Angestelltenkammern? In den gleichnamigen Artikel, den wir in unserer gestrigen Folge veröffentlicht haben, hat sich ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. In der redaktionellen Bemerkung zu dem Artikel des Genossen Stolz sagten wir, daß es sich um die persönliche Meinung des Verfassers handelte, woraus der Drucksetzer eine irrtümliche Meinung gemacht hat. Tschechoslowakisch-französisches Abkommen. Aus Paris, 21. September, berichtet Dabas: Durch einen amtlichen Erlass wurde das in Paris am 18. Jänner 1921 unterfertigte tschechoslowakisch-französisches Abkommen bezüglich der Regelung der Güter, Rechte und Interessen der Angehörigen beider Staaten betreffenden Fragen veröffentlicht; gleichzeitig wurde das Protokoll mit demselben Datum veröffentlicht. Einigung im deutschen Bankgewerbe. Aus Berlin, 21. September, wird gemeldet: In dem Gehaltskonflikt im Bankgewerbe ist gestern eine Einigung erzielt worden, da beide Parteien den Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums angenommen haben. Die Gefahr eines Bankamtenstreikes ist somit abgewendet. Die Not der deutschen Gewerkschaftspresse. Die letzte Nummer des Korrespondenzblattes des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wird man nicht ohne innere Erschütterung zur Hand nehmen. Dieses reichhaltige, ausgezeichnete Blatt wird nunmehr auf schlechterem Papier gedruckt und ist nur acht Seiten stark, wogegen es früher 30 bis 40 Seiten stark war. Alle Beilagen, sowohl die arbeiterrechtliche, die sozialpolitische, die volkswirtschaftliche und die literarische mußten der Not der Zeit, die insbesondere zu einer Not des deutschen Zeitungswesens wurde, zum Opfer gebracht werden. Die Redaktion ist genötigt, zu erklären, daß nach Notwendigkeit weitere Einschränkungen eintreten müssen. Die Herausgabe des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes, der die gesamte reichsdeutsche Gewerkschaftspresse mit Nachrichten versorgt und auf ein bedeutendes Niveau brachte, ist seit 1. September vollständig eingestellt worden. Die rumänischen Gewerkschaften für Amsterdam. In Amsterdam fand eine Konferenz der Arbeiterverbände statt, die drei Tage dauerte. An der Konferenz nahmen 300 Delegierte aus ganz Rumänien und fremde Gäste teil. Nach einer stürmischen Debatte zwischen Sozialisten und Kommunisten wurde mit großer Mehrheit beschlossen, sich an die Amsterdamer Internationale anzuschließen. Die russische Konzession für Dr. Wirth. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über Erklärungen des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth, die dieser in Stockholm bei seiner Rückkehr aus Russland abgegeben haben soll. Dr. Wirth erklärte, daß die Wälder, über die er mit der Sowjetregierung einen Vertrag abgeschlossen habe, eine Million Hektar umfassen. Deutscherseits habe man sich verpflichtet, die während des Krieges angefangene neue Eisenbahnlinie zwischen Petersburg und Moskau abzubauen, Sägewerke zu errichten und Fabriken für Zellulose und Terpentin zu schaffen. Die Sowjetregierung wird mit einem starken Prozentfuß beteiligt. Der Kontrakt sei schon in Kraft und gelte für 35 Jahre. Die Deutschen sollen für die Durchführung 7 Millionen Goldrubel erhalten.

Internationaler Kongress der Lederarbeiter.

In Dresden tagte vom 16. bis 18. September der Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Aus elf Ländern waren 50 Delegierte vertreten. Die Leitung des Kongresses lag in der Hand von Poulton-London, Roux-Paris und Simon-Nürnberg. Genosse Simon erstattete Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Schuh- und Lederindustrie empfindlich unter den Schwankungen der Konjunktur zu leiden hat. Die Befegung des Ruhrgebietes verschärft die Lage besonders in Deutschland, wo die Situation die Arbeitermassen zur Verzweiflung treibt. In ihrer Not appellieren die deutschen Arbeiter an die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt, ihre Anstrengungen und ihren Druck auf ihre Regierung zu verstärken, damit den gepeinigten Völkern endlich der Friede gegeben wird. In der Diskussion zum Bericht des Sekretärs wurde die negative Kritik der Kommunisten zurückgewiesen. G. L. O. R. Schweiz begründete den Antrag der Schweizer Lederarbeiter auf Aufnahme des zweiten französischen sowie des russischen Lederarbeiterverbandes in die Internationale Vereinigung. Demgegenüber legte das Zentralkomitee eine Entschließung vor, wonach von allen Verbänden, die die Aufnahme in die Internationale Vereinigung nachsuchen, folgende Bedingungen erfüllt werden müssen: 1. Vorbehaltlose Anerkennung der Statuten und Kongressbeschlüsse der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Unterlassung jeden Versuchs, Beschlüsse irgendeiner der Internationalen Vereinigung nicht angehörenden Organisationen oder Instanzen durchzuführen. Unterlassungen der Zellenbildung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen. 2. Einstellung des Verleumdungsfeldzuges gegen die Amsterdamer Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Weise ohne persönliche Angriffe auszugleichen. 3. Jeden Versuch zur Spaltung der internationalen Organisation zu unterlassen und solchen Versuchen entgegenzutreten. Soweit Spaltungen schon erfolgt sind, ist alles zu tun, um die Wiedervereinigung dieser Verbände herbeizuführen. Die Entschließung der Zentralkommission wurde in ihrem ersten Teil gegen eine Stimme, in ihrem zweiten Teil, der die eigentlichen Bedingungen enthält, gegen 14 Stimmen angenommen, die sich aus den englischen Delegierten, die überhaupt gegen die Aufnahme der Russen waren, und aus den oppositionellen Vertretern zusammensetzten. Darauf erklärte der russische Vertreter, daß sein Verband wohl die Aufnahme wünsche, aber die Notwendigkeit der Bedingungen nicht einsehen könne. Dann referierte Roux-Paris über den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Die Angriffe sind überall von der Arbeiterschaft abgewehrt worden mit Ausnahme der Schweiz, wo die 52-Stunden-Woche bereits in zahlreichen Betrieben eingeführt wurde. In Deutschland arbeite man in der Schuhindustrie nur 47, in der Sattlerei nur 48 Stunden in der Woche. Roux fordert auf, dem Angriff der Arbeitgeber mit der Forderung nach der 44-Stundenwoche zu begegnen.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in: Prag Zw. Frank 16.07'30
Berlin Mark 3.300.000'00
Wien österr. Kr. 2130'00

Prager Kurze am 21. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1344 00	1348 00
10.000 Mark	0 87	0 47
100 belg. Francs	171 75	173 25
100 schweiz. Francs	607 75	610 25
1 Pfund Sterling	153 50 00	155 00 00
100 Lire	155 25 00	156 75 00
1 Dollar	3 85 00	3 42 50 00
100 franz. Francs	201 75 00	203 25 00
100 Dinar	36 87 50	37 37 50
10.000 ungar. Kronen	17 25 00	19 35 00
10.000 poln. Mark	0 79 25	0 80 75
10.000 österr. Kronen	4 60 00	5 10 00

Züricher Schlusskurze am 21. September.

	Geld	Ware
Paris	33 30 00	33 00 00
London	25 95 00	25 60 00
Berlin	0 04	0 055
Mailand	25 22 50	25 32 50
Sofland	292 00 00	292 75 00
Wien	0 00 75 25	0 01 80 00
Budapest	0 03 00	0 03 10
Braun	16 92 50	17 02 50
New York	5 84 50	5 85 00
Belgrad	6 05 00	6 15 00
Warschau	0 00 00 00	0 00 00 00

Der Kongress stimmte dem zu, worauf Roux die Tagung mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung schloß.

Die Preise im August und September. Nach den Preisberichten des statistischen Staatsamtes sind die Indizes der Kleinhandelspreise gefallen. Für Gruppe 1 hat der Index im Juli 1921 betragen und ist im August auf 892 gefallen. Ebenso ist in der Gruppe 2 ein Rückgang von 1007 auf 982 eingetreten. (Die Gruppe 1 umfaßt die täglichen Bedarfsartikel, besonders Nahrungsmittel, Gruppe 2 die Bekleidungsartikel). — Gleichzeitig meldet jedoch das statistische Staatsamt, daß der Großhandelsindex zum 1. September im Vergleich zum August 1923 um 0,3 Prozent gestiegen ist.

Bedürfen wir besonderer Angestelltenkammern? In den gleichnamigen Artikel, den wir in unserer gestrigen Folge veröffentlicht haben, hat sich ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. In der redaktionellen Bemerkung zu dem Artikel des Genossen Stolz sagten wir, daß es sich um die persönliche Meinung des Verfassers handelte, woraus der Drucksetzer eine irrtümliche Meinung gemacht hat.

Tschechoslowakisch-französisches Abkommen. Aus Paris, 21. September, berichtet Dabas: Durch einen amtlichen Erlass wurde das in Paris am 18. Jänner 1921 unterfertigte tschechoslowakisch-französisches Abkommen bezüglich der Regelung der Güter, Rechte und Interessen der Angehörigen beider Staaten betreffenden Fragen veröffentlicht; gleichzeitig wurde das Protokoll mit demselben Datum veröffentlicht.

Einigung im deutschen Bankgewerbe. Aus Berlin, 21. September, wird gemeldet: In dem Gehaltskonflikt im Bankgewerbe ist gestern eine Einigung erzielt worden, da beide Parteien den Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums angenommen haben. Die Gefahr eines Bankamtenstreikes ist somit abgewendet.

Die Not der deutschen Gewerkschaftspresse. Die letzte Nummer des Korrespondenzblattes des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wird man nicht ohne innere Erschütterung zur Hand nehmen. Dieses reichhaltige, ausgezeichnete Blatt wird nunmehr auf schlechterem Papier gedruckt und ist nur acht Seiten stark, wogegen es früher 30 bis 40 Seiten stark war. Alle Beilagen, sowohl die arbeiterrechtliche, die sozialpolitische, die volkswirtschaftliche und die literarische mußten der Not der Zeit, die insbesondere zu einer Not des deutschen Zeitungswesens wurde, zum Opfer gebracht werden. Die Redaktion ist genötigt, zu erklären, daß nach Notwendigkeit weitere Einschränkungen eintreten müssen. Die Herausgabe des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes, der die gesamte reichsdeutsche Gewerkschaftspresse mit Nachrichten versorgt und auf ein bedeutendes Niveau brachte, ist seit 1. September vollständig eingestellt worden.

Die rumänischen Gewerkschaften für Amsterdam. In Amsterdam fand eine Konferenz der Arbeiterverbände statt, die drei Tage dauerte. An der Konferenz nahmen 300 Delegierte aus ganz Rumänien und fremde Gäste teil. Nach einer stürmischen Debatte zwischen Sozialisten und Kommunisten wurde mit großer Mehrheit beschlossen, sich an die Amsterdamer Internationale anzuschließen.

Die russische Konzession für Dr. Wirth. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über Erklärungen des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth, die dieser in Stockholm bei seiner Rückkehr aus Russland abgegeben haben soll. Dr. Wirth erklärte, daß die Wälder, über die er mit der Sowjetregierung einen Vertrag abgeschlossen habe, eine Million Hektar umfassen. Deutscherseits habe man sich verpflichtet, die während des Krieges angefangene neue Eisenbahnlinie zwischen Petersburg und Moskau abzubauen, Sägewerke zu errichten und Fabriken für Zellulose und Terpentin zu schaffen. Die Sowjetregierung wird mit einem starken Prozentfuß beteiligt. Der Kontrakt sei schon in Kraft und gelte für 35 Jahre. Die Deutschen sollen für die Durchführung 7 Millionen Goldrubel erhalten.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in: Prag Zw. Frank 16.07'30
Berlin Mark 3.300.000'00
Wien österr. Kr. 2130'00

Prager Kurze am 21. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1344 00	1348 00
10.000 Mark	0 87	0 47
100 belg. Francs	171 75	173 25
100 schweiz. Francs	607 75	610 25
1 Pfund Sterling	153 50 00	155 00 00
100 Lire	155 25 00	156 75 00
1 Dollar	3 85 00	3 42 50 00
100 franz. Francs	201 75 00	203 25 00
100 Dinar	36 87 50	37 37 50
10.000 ungar. Kronen	17 25 00	19 35 00
10.000 poln. Mark	0 79 25	0 80 75
10.000 österr. Kronen	4 60 00	5 10 00

Züricher Schlusskurze am 21. September.

	Geld	Ware
Paris	33 30 00	33 00 00
London	25 95 00	25 60 00
Berlin	0 04	0 055
Mailand	25 22 50	25 32 50
Sofland	292 00 00	292 75 00
Wien	0 00 75 25	0 01 80 00
Budapest	0 03 00	0 03 10
Braun	16 92 50	17 02 50
New York	5 84 50	5 85 00
Belgrad	6 05 00	6 15 00
Warschau	0 00 00 00	0 00 00 00

Runk und Wissen.

Neues Theater. Heute, 22. September, „Trennung“, 10 Uhr nachts, „Der Frechdachs“ mit Morgan. Sonntag, 23. September, halb 3 Uhr „Causa Kaiser“, abends Premiere „Die Siegerin“.

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 16. September 1923 hat folgenden Inhalt: Frauengruppen als Anknüpfungspunkte der Gemeindegliederung. Von Dora Staudinger (Zürich). — Die Genossenschaften und der sozialistische Wirtschaftsbau in Russland. 2. Von N. Lenin (Moskau). — Die politische Entwicklung der britischen Genossenschaftsbewegung. Von Mrs. Sidney Webb (London). — Land- und forstwirtschaftliche Wanderausstellung in Eger. Die Exposition der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Von B. von. — Entwurf einer neuen Erwerbsteuer. — Genossenschaftliche Tagungen. — Genossenschaftliche Diskussion. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. — Vom Tage. — Literatur: Einlauf neuer Bücher und Schriften. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Aus den Konsumvereinen: Die Konsumgenossenschaften auf dem richtigen Wege. — Anknüpfungen der Konsumvereine. — Inserate. — Bücherverzeichnis der „GEC“-Buchhandlung für genossenschaftliche Schriften.

Turnen und Sport.

Internationale Sportmesse in Marienbad. Während des heurigen Winters soll in Marienbad die erste internationale Sportmesse, verbunden mit Warenausstellung, unter Angliederung einer Jagdausstellung, stattfinden. Die Ausstellung soll von Mitte Jänner bis Mitte Feber dauern.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Ort	Temperatur °C	Wetter	Windrichtung	Windstärke
Prag	7,50	8	SW	1/2
Brünn	7,61	7	NW	1/2
Rehau (Südböh.)	7,51	1	O	1/2
Stornowar (Holländ.)	7,48	3	—	1/2
Valencia (Spanien)	7,73	W	—	1/2
London	7,49	12	WNW	1/2
Hilse (Norwegen)	7,47	10	NO	1/2
Stockholm	7,58	9	NO	1/2
Hamburg	7,52	8	S	1/2
Warschau	7,58	10	SW	1/2
Paris	7,51	14	SW	1/2
Zürich	7,60	9	SO	1/2
Wien	7,62	10	W	1/2
Belgrad	7,61	14	S	1/2
Bukarest	7,60	15	SW	1/2
Warschau (Frankr.)	7,66	15	S	1/2
Florenz	7,60	11	NW	1/2
Wien	7,60	23	—	1/2

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):
Donnersberg 840 m 683 8 WSW 1/2
Schneealpe 1610 m — 6 W 1/2
Fugipitze 2660 m — — — 1/2

Mitteilungen aus dem Publikum.



NUR WIR können gutes BACKPULVER machen, weil wir SELBST BACKEN

BACKPULVER MIT ZAHNRAD

Backpulver mit Zahnrad, von der Firma Obolet erzeugt, und in deren Filialen und in allen Lebensmittelgeschäften erhältlich, wurde von den Chemikern und Meistern der Firma Obolet durch 14 Monate täglich erprobt. Jede Hausfrau, die Backpulver mit Zahnrad kauft, hat die sichere Gewähr, daß ihr jedes Gebäck gelingt. Wir empfehlen nur einen Versuch; nie wird dann die Hausfrau ein anderes Backpulver kaufen als Backpulver mit Zahnrad. 1804 a

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Dolk.

Kuh & Kretsch

Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Damen- und Herren-Schutzmittel

sowie alle Artikel zur hygienischen Körperpflege liefert in nur prima Qualität zu bedeutend ermäßigten Preisen aus 1777

Versandhaus „Sanitas“
TEPLITZ-SCHÖNAU, Postfach 89-16 g.
Vertreter gegen hohe Provision überall gesucht.
Prospekte kostenlos! Diskreter Versand!